

Der Einfluss des MfS auf die Jugend- hilfe und Jugendhilfeausschüsse Strafrechtliche Rehabilitierung von Heimkindern in der DDR – 3 Forschungsberichte –



Der Landesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

1. Der Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse. Beitrag zur Tagung im Thüringer Landtag 17.11.2010	3
2. Strafrechtliche Rehabilitierung von Heimkindern in der DDR. Forschungsbericht	14
3. Der Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe in der DDR. Abschlussbericht	31

(Die obigen Seitenzahlen beziehen sich auf die PDF-Datei; die drei Abschnitte sind einzeln nummeriert)

Impressum

Herausgeber: Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Klewitzstraße 4
39112 Magdeburg
E-Mail: Lstu@justiz.sachsen-anhalt.de
Internet: www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de

Der Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse¹

Grundlagen und Aufgaben der Jugendhilfe in der SBZ/DDR

Die Wurzeln der Entwicklung der Jugendhilfe in der DDR gehen auf das Ende des Zweiten Weltkrieges zurück, in der Intention, der Kriminalisierung und Verwahrlosung der ehemals „deutschen Jugend“ entgegenzuwirken.

In der SBZ wurde nach sowjetischem Vorbild mit dem Befehl Nr. 17 der Sowjetischen Militäradministration die „Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung“ geschaffen. Dieser Behörde wurde mit dem Befehl Nr. 225 vom 26. Juli 1946 die Leitung der Arbeit in Kinderheimen unterstellt. Mit Befehl Nr. 156 vom 20. Juni 1947 wurden darüber hinaus die Jugendämter bei den Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge in die Volksbildungsämter überführt. Damit erging die Anweisung, dass „die Jugendämter bei den Organen für Volksbildung die Leitung und Kontrolle der Erziehung der Kinder und Jugendlichen in den speziellen Kindereinrichtungen selbständig durchführen, die Betreuung und Fürsorge der Jugend organisieren und sich in ihrer Tätigkeit vor den Organen für Volksbildung verantworten“ (LHASA, MD, Rep K 9, Nr. 1219, 10). Die Landesregierungen setzten diesen Befehl um, in dem „die in den einzelnen Ministerien befindlichen Referate für Jugendhilfe und Jugendschutz usw. in einem Landesjugendamt zusammengefasst werden“ (ebd., 2). Die Aufgaben des Jugendamtes waren nach dem Statut für das Jugendamt und seinem Beirat vom 7. Juni 1947 beschrieben als:

- Schutz der Pflegekinder
- Mitwirkung im Vormundschaftswesen und in der Adoption
- Fürsorge erziehungsbedürftiger Minderjähriger
- Mitwirkung bei der Schulaufsicht und Sondererziehung
- Jugendgerichtshilfe
- Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und Jugendlichen
- Mitwirkung in der Jugendarbeit bei den Polizeibehörden und im Strafvollzug (ebd., 11)

Im Strukturplan des Landesjugendamtes, der von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung am 3. September 1947 veröffentlicht wurde, sind die einzelnen

¹ Dieser Beitrag entstand auf der Grundlage eines Projekts, das im Auftrag des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Sachsen-Anhalt seit Frühjahr 2010 bearbeitet wird.

Referate des Jugendamtes umfassend beschrieben. Diese sind in der Jugendförderung, in der Jugendbetreuung und im Jugendschutz ausgewiesen (vgl. ebd., 18). Jedem Referat werden spezielle Aufgaben in der Kinder- und Jugendfürsorge zuerkannt. Interessant ist, dass hier wesentliche Aufgaben des Jugendamtes, die für die weitere Entwicklung bis zum Ende der DDR richtungsweisend waren, beschrieben sind. So wird z.B. der Jugendförderung die „Beobachtung der ideologischen Entwicklung der Jugend“ als erste! Aufgabe zuteil (vgl. ebd., 19). Dem neu einzurichtenden Referat Jugendschutz dagegen kommen die Aufgaben der Jugendschutzgesetzgebung, der Jugendgerichtshilfe und des Jugendstrafvollzugs zu (ebd., 20). Das Referat Jugendbetreuung sollte Aufgaben des Vormundschaftswesens und der Adoption, der aufsichtlosen Jugend, der Sondererziehung (Schutzaufsicht) und der Kontrolle der Jugend- (Kinder-) Heime aller Art übernehmen (vgl. ebd., 21). Hierbei ist sichtbar, dass durch die neue Ausrichtung in den Aufgaben der Jugendämter ein Paradigmenwechsel erkennbar ist, der sich zum einen darin ausweist, dass alle ärztlichen, gesundheitsfördernden und heilpädagogischen Maßnahmen an die Landesgesundheitsämter ausgegliedert wurden. Zum anderen wurde damit die grundlegende Aufgabe forciert, die vornehmlich in der Erziehung und Bestrafung „verwahrloster“ oder „schwererziehbarer“ Kinder und Jugendlicher im Rahmen normativer sozialistischer Erziehungsvorgaben korrigierend verhaltensbeeinflussend ihren Ausdruck findet.

Die Zuordnung der Jugendhilfe zum Bereich der Volksbildung forderte weitere Umstrukturierungen. So wurden 1950 die Jugendämter aufgelöst und in Referate für Jugendhilfe/Heimerziehung umgebildet, die erzieherische Funktionen außerhalb von Schule und Berufsausbildung für auffällige Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr wahrnahmen.

Sozialistische Erziehungsziele und -ideale

Das erste Jugendgesetz der DDR von 8. Februar 1950 legte einen wesentlichen Grundstein für die Entwicklung der Jugendhilfe in der DDR. Der Jugend wurde darin eine wichtige Rolle in der Teilnahme am Aufbau der DDR zuerkannt. Weiterhin wird der Jugendpolitik und den Jugendorganisationen durch die Zentralen Konferenzen der Jugendhilfe von 1954 und 1959 in der Schaffung einer systemkonformen sozialistischen Jugendhilfe Bedeutung beigemessen. Diese wurde bis zum Ende der DDR durch die „Verordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Jugendhilfe“ von 1965, im vollständigen und umfassenden Aufbau des Sozialismus gestützt und legitimiert. Damit waren konkrete Erziehungsaufgaben und – vorstellungen über die sozialistische Jugend an die Jugendhilfe gebunden. Nach § 1 der Jugendhilfeverordnung umfasste die Jugendhilfe als grundlegende Erziehungsaufgabe „die rechtzeitige und korrigierende Einflussnahme bei Anzeichen der sozialen Fehlentwicklung und die Verhütung und Beseitigung der Vernachlässigung und Aufsichtslosigkeit von Kindern und Jugendlichen, die vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität, die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Minderjährigen sowie die Sorge für elternlose

und familiengelöste Kinder und Jugendlichen.“ (Jugendhilfeverordnung vom 01. Juli 1965)

Dabei wurde diese wichtigste Erziehungsaufgabe im engen Zusammenhang zum kollektiven Aufbau des Sozialismus in der DDR als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, auch der Jugendhilfe, betrachtet. Demzufolge waren alle Organe des Volksbildungs- und Gesundheitswesens, der Justiz, der Jugend- und Pionierorganisation in die Arbeit der Jugendhilfe umfassend eingebunden². Dementsprechend waren die Jugendhilfeausschüsse in den Jugendämtern personell und entscheidungsbefugt ausgestattet.

Das Ziel der Jugendhilfe war die Sicherstellung der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten, die unter ungünstigen Verhältnissen aufwuchsen. Dabei sollte primär nicht das Fehlverhalten der Kinder geahndet werden, sondern das der pädagogischen und gesellschaftlichen Institutionen, zu denen auch die Familien in der DDR gehörten.

Den Familien wurde vom Staat, in seinem Leitbild von der Erziehung zu sozialistischen Persönlichkeiten, eine besondere Bedeutung zuerkannt. Im Jugendgesetz vom 28. Januar 1974 wird im § 1 Absatz 3 dazu gesagt: „Die Eltern tragen gegenüber der Gesellschaft große Verantwortung für die sozialistische Erziehung ihrer Kinder, für die geistige, moralische und körperliche Entwicklung, für ihre Vorbereitung auf die Arbeit und das Leben im Sozialismus.“ Familien erfuhren in der DDR vor allem durch die Einführung des Familiengesetzbuches von 1976 eine Aufwertung, aber gleichzeitig wurden sie auch als Hauptverursacher sozialer Fehlentwicklungen der Kinder angesehen.

3

Aufgabengebiete und Zuständigkeiten der Jugendhilfe

Die Aufgaben der Jugendhilfe in der DDR umfassten vorwiegend die Erziehungshilfe, das Vormundschaftswesen und den Rechtsschutz für Minderjährige. Diese Aufgabengebiete wurden von verschiedenen Organen der Jugendhilfe auf unterschiedlichen Ebenen realisiert:

- 1) auf kommunaler Ebene durch Jugendhilfekommissionen,
- 2) auf Kreisebene durch Referate Jugendhilfe/Heimerziehung, Jugendhilfeausschüsse und Vormundschaftsräte

² Bereits in Statut für das Jugendamt und seinen Beirat von 1947 wird zum Aufbau des Beirats eine ähnliche Besetzung vorgeschlagen: die Leiter der Verwaltungen für Volksbildung, Arbeit und Sozialfürsorge, Gesundheitswesen, oder deren Vertreter sowie ein Vormundschaft- oder Jugendrichter; das Schulamt entsendet in den Beirat: einen Schulrat, einen Vertreter der Lehrerschaft, einen Sachbearbeiter für Vorschulische und außerschulische Erziehung; die Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge entsendet in den Beirat einen Vertreter des Arbeitsamtes, einen Vertreter des Arbeitsschutzes, eine Familienfürsorgerin; das Gesundheitsamt entsendet in den Beirat einen Schularzt, eine Gesundheitsfürsorgerin; ferner sind in den Beirat zu entsenden: je ein Vertreter des Frauenausschusses, des FDGB, der Volkssolidarität, und ein männlicher Vertreter der Organe der Jugendbewegung sofern diese Organisation innerhalb des Jugendamtsbezirks besteht. (LHASA, MD, Rep K 9, Nr. 1219, 11r)

- 3) auf Bezirksebene durch Referate Jugendhilfe/Heimerziehung, Jugendhilfeausschüsse und Vormundschaftsräte
- 4) auf Ebene des Ministeriums für Volksbildung durch die Abteilung Jugendhilfe/Heimerziehung und dem Zentralen Jugendhilfeausschuss (vgl. Zimmermann 2004, 38)

Im Folgenden möchte ich kurz näher auf die Erziehungshilfe eingehen, die den Kern der Arbeit der Jugendhilfeausschüsse bildete. Denn die Jugendhilfe leitete erziehungsunterstützende Maßnahmen ein, wenn z.B. ein plötzliches Schulversagen, eine Vernachlässigung der Erziehungspflichten durch die Eltern oder eine Schul- und Arbeitsbummelei des Kindes oder Jugendlichen vorlag.

Die Interventionsmittel als angeordnete Maßnahmen der Jugendhilfeausschüsse reichten vom Ausspruch eines Tadels, über das Verhängen einer Geldstrafe bis hin zu Kollektiv-Bürgschaften oder einer Unterbringung in einer Pflegefamilie. Die letzte Maßnahme einer Erziehungshilfe war das zeitweilige oder dauerhafte Entziehen des elterlichen Erziehungsrechts, wenn massive Verletzungen der elterlichen Pflicht, bei Misshandlungen oder aber auch bei Grenzverletzungen oder Republikflucht, vorlagen (vgl. Hoffmann 1991, 173).

Auch die Jugendgerichtshilfe war eine Teilaufgabe der Jugendhilfe. Mitglieder der Jugendgerichtshilfe nahmen bei Straftaten Jugendlicher vom 14. bis zum 18. Lebensjahr auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsorgane an Ermittlungsverfahren teil. Wichtig dabei war, dass die Jugendhilfe direkt an der Mitwirkung der „tatbezogenen Aufklärung“ der Persönlichkeitsentwicklung und Erziehungsverhältnisse grundlegend beteiligt war. Die Vertreter der Jugendhilfe konnten sogar Vorschläge über Strafmaßnahmen vorlegen. Bei Gerichtsverhandlungen hatten Vertreter der Jugendhilfe das Recht, Fragen zur Beweisaufnahme zu stellen bzw. Erklärungen abzugeben.

Bedenklich daran ist, dass die daraus resultierende Verantwortung der Begutachtung und die damit verbundene Festlegung von Strafen meist von pädagogisch ungeschulten, nicht Professionellen, maßgeblich beeinflusst wurde. Denn die Beteiligung der Bevölkerung und damit die Einbeziehung nicht professioneller Mitarbeiter in die Arbeit der Jugendhilfe in der DDR wurden in der „Verordnung über die Mitarbeit der Bevölkerung auf dem Gebiet der Jugendhilfe“ vom 11. Juni 1953 festgeschrieben. Die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit wurde zur Überwindung der personellen und finanziellen Engpässe notwendig. Der Artikel 87 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 verankerte ebenfalls die „Einbeziehung der Bürger und ihrer Gemeinschaften in die Rechtspflege“³ und in die gesellschaftliche und staatliche

³ Seit 1977 durften die Jugendhilfekommissionen Aufgaben und Pflichten der Gerichte wahrnehmen z.B. Weisungen erteilen, Verpflichtungen überprüfen, Erziehungsaufsicht anordnen (Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte Band 6, Teil 2, 298). Bei Straftatenbestände fielen in die Zuständigkeit der Justiz, Maßnahmen der Justiz gingen in die Verantwortung von Betrieb, Schule und Jugendorganisation und Jugendhilfe zurück. Desweiteren nahm die Jugendhilfe auch eine aktive Rolle bei Mitwirkung von Jugendstrafverfahren ein. Z. B. im Strafverfahren nahm ein Vertreter der Jugendhilfe an Hauptverhandlungen teil und gab Bericht über die Persönlichkeit, die Lebensumstände und das Erziehungsschicksal des Angeklagten.

Kontrolle über die Einhaltung des sozialen Rechts.“ Dies schlug sich auch in der Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse nieder⁴. Ihnen gehörten auf Kreis- und Bezirksebene meist je ein Referatsleiter und mehrere hauptamtliche Jugendfürsorger bzw. 3 bis 5 ehrenamtliche Mitglieder in den Bereichen Erziehungshilfe und Adoptionen an, die erhebliche Eingriffsmöglichkeiten auf das Familienrecht hatten.

Auch die Mitarbeiter in den Referaten der Jugendhilfe waren 1959 zu 60 % ohne pädagogische Ausbildung (vgl. Zimmermann 2004, 34). Ehrenamtliche Jugendhelfer waren vorwiegend Lehrer, Erzieher und Vertreter anderer pädagogischer Berufe. Von ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern wurden Persönlichkeitsprofile gefordert, die ihre gesellschaftliche Einstellung, ihre Arbeitsmoral und ihr persönliches Verhalten/ Lebenserfahrung dokumentierten. Zum permanenten Erziehermangel wurde oft die Inkompetenz der Jugendfürsorger in den Bezirks- und Kreisreferaten beklagt. Ende 1960 gab es etwa 1.200 Jugendfürsorger, denen 30.000 bis 40.000 ehrenamtliche Helfer zur Seite standen (vgl. ebd., 35). Die Kommunale Jugendhilfearbeit wurde in Jugendhilfekommissionen hauptsächlich von ehrenamtlichen Jugendhelfern, die von den örtlichen Räten bestimmt wurden, umgesetzt (vgl. ebd.).

Einfluss des MfS auf die Jugendhilfeausschüsse

5

Zunächst möchte ich vorausschicken, dass der Einfluss des MfS auf die Jugendhilfeausschüsse bisher in Studien und Zeitzeugenberichten kaum dokumentiert ist. Es ist ein Forschungsdesiderat, dessen Klärung infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Anspruch auf Rehabilitation und Entschädigungsleistungen der zwangsweise in DDR-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen eingewiesenen Kinder und Jugendlichen aktuell diskutiert wird. Zum einen erfährt diese Thematik dadurch eine aktuelle Brisanz und zum anderen eine gesellschaftliche Wahrnehmung.

Der Nachweis eines konkreten Einwirkens des MfS auf die Jugendhilfeausschüsse gestaltet sich schwierig. Kaum sind nennenswerte Unterlagen vorhanden, die einen Aufschluss über die Praxis der Einflussnahme und Zusammenarbeit der Jugendhilfeausschüsse mit der Stasi dokumentieren. Auch personenbezogene Akten enthalten in der Regel keine Spuren auf konkrete Hinweise. Dies macht das Unterfangen, sich dem Thema zu nähern, weiterhin spannend und wichtig. Oft sind die Grenzen zwischen dem Urteil der Jugendhilfeausschüsse zu einer Heimeinweisung oder Adoption politisch- sozial „verschleiert“. Aus heutiger Sicht ist es daher oft schwierig, den eigentlichen Kern für ein Urteil zu hinterfragen, da die Grenzen zwischen politisch-ideologischer und sozial-erzieherischer Einflussnahme des Staates auf die Familien anhand der DDR-Rechtsprechung und Urteilsfindung

⁴ Bereits 1947 wurde im Statut für das Jugendamt im festgelegt, dass das Jugendamt zur Erfüllung seiner Aufgaben nach landesrechtlichen Vorschriften freiwillige Helfer aus der Bevölkerung herausziehen und nach Bedarf auch in den Gemeinden ohne eigenes Jugendamt besondere Jugendkommissionen einsetzen, denen die Erledigung einzelner Aufgaben übertragen werden kann“. (LHASA, MD, Rep K 9, Nr. 1219, 11r)

fließend sind. Diese These wird u.a. durch Zimmermann bestätigt. Sie meint dazu, dass „das politisch-ideologische Moment für sich allein in der Regel kein Anlass für ein Eingreifen der Jugendhilfe war, dafür waren andere Organe wie die Volkspolizei oder die Stasi zuständig. Es konnte aber ein Kriterium unter mehreren anderen sein, wenn es z.B. um Heimeinweisung oder um Erziehungsrechtentzug ging“ (Zimmermann 2004, 46). Ich verstehe dies so, dass eine politisch-ideologische Verfehlung von Eltern, Jugendlichen oder Kindern durch die Polizei und/oder Stasi als eine sozial-erzieherische Verfehlung durch die Jugendhilfeausschüsse geahndet werden konnte. Hilfreich bei der Spurensuche sind hierbei Zeitzeugenberichte in Verbindung zur gesetzlichen Grundlage der Richtlinie 1/76 des MfS zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge, die als ein Wendepunkt in der Politik der Stasi (Reiprich 2002, 16) definiert wird. Darin wurde die Zersetzung, Verunsicherung und die Zerschlagung feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse, vorwiegend der Jugend, thematisiert. Die Hauptabteilung XX Politischer Untergrund wirkte im Zuge bewusster Zersetzungsstrategien politisch auffälliger Jugendlicher z.B. durch eine „organisierte Erzeugung“ von beruflichen und persönlichen Misserfolgen. Berufsverbote oder negative Sanktionen im Ausbildungsbereich verunsicherten, entmutigten Jugendliche und förderten zunehmend gesellschaftliche Konflikte aller Art. Weiterhin führten „weiche Formen der Verfolgung“ zur gezielten Kriminalisierung von Jugendlichen wegen vordergründig unpolitischer Delikte, Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch „asoziales Verhalten“. Die operative Inszenierung krimineller Handlungen oder körperlicher Gewalt, die zum Entzug des Erziehungsrechts von Eltern bzw. zur Heimeinweisung der Kinder und Jugendlichen in der DDR führen konnte, wurde politisch motiviert durch Jugendhilfeausschüsse nachhaltig legitimiert. Die Jugendhilfe folgte dabei normativen Vor- und Aufgaben in der Propagierung des erzieherischen Wertes der sozialistischen Vorstellungen von „Erziehung“ in Alltag und Familie in besonderer Weise. Knabe weist darauf hin, dass diese Maßnahmen der Stasi in den Akten nur selten dokumentiert sind (vgl. Knabe 2002, 28ff.). Werkenthin (1998) weist auf eine massive politische Instrumentalisierung des Paragraphen 249 des Strafgesetzbuch der DDR hin, der „unter Umständen“ zur Kriminalisierung ausreisewilliger DDR-Bürger genutzt wurde. Er bezieht sich dabei auf die Anlage 6 zur Dienstanweisung Nr. 2/83. Weitere wesentliche Paragraphen des Strafgesetzbuches (1968) der DDR bezogen sich auf die Jugendhilfe und sind als rechtliche Grundlagen für (Zwangs)Adoptionen, Entziehung des Erziehungsrechts und Heimeinweisungen für Kinder und Jugendliche zu werten. Dies betrifft im Besonderen die §§ 65-79 zu Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortung Jugendlicher, den § 142 zur Verletzung der Erziehungspflichten und den § 145 zur Verleitung zur asozialen Lebensweise.

Die politische Verfolgung der Stasi erfolgte in den 1970er und 1980er Jahren aus außerpolitischen Gründen vorwiegend mit „weichen Disziplinierungsmaßnahmen“. Das Netz der Stasi wirkte dabei in alle Bereiche des öffentlichen Lebens hinein, in die Räte der Kreise oder Bezirke, in die Arbeitskollektive und in die Schulen. Knabe bezeichnet die Stasi als „Diktatur höherer Ordnung“, die nicht durch Gewaltanwendung, sondern durch „ein System sozialtechnischer

Steuerungselemente“ die Qualität der Herrschaftssicherung legitimierte. Dazu warb sie Inoffizielle (IM) und Gesellschaftliche Mitarbeiter. Bedenklich ist die „Werbung für den militärischen Berufsnachwuchs“ ab der 7. Klasse, welche die Stasi in Polytechnischen Oberschulen verstärkt durchführte. Die Devise des MfS war: „Wenn wir gute inoffizielle Mitarbeiter haben, müssen wir das Gras wachsen hören.“ (Müller-Enbergs 2002, 71) Inoffizielle Mitarbeiter waren durchschnittlich zwischen 25 bis 40 Jahre alt. Weniger als 1.000 von ihnen waren minderjährig, die meisten davon waren 16 oder 17 Jahre alt. Vereinzelt wurden sogar 11jährige als IM geführt (vgl. ebd., 72).

Der Fokus in der Arbeit der Stasi lag in der Kontrolle des Volkes⁵, das der Jugendhilfeausschüsse in der Kontrolle der Familien. Das MfS und die Jugendhilfeausschüsse waren Partner des operativen Zusammenwirkens. Das MfS stützte sich bei ihrer Arbeit auf ein Netz von Partnern, in allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens. Somit konnten auf schnelle Weise Informationen zu Personen und deren gesellschaftlichen, beruflichen oder privaten Lebensbereichen sichergestellt werden. In den verschiedenen Einrichtungen waren „willige Zuträger“ rekrutiert worden, die die ideologische Zuverlässigkeit und charakterlichen Eigenschaften von Personen einschätzten. Aus der Publikation z.B. von Reitel (2002) zum Jugendhaus Halle ist bekannt, dass Lehrer der Polytechnischen und kommunalen Berufsschulen politische Stellungnahmen von Schülern des Jugendhauses anfertigten, dass Erzieher des Jugendhauses IM's waren, dass die Wochenberichte der Erzieher zu den Jugendlichen von Stasi-Mitarbeitern gelesen und bewertet wurden und dass Jugendliche in den Heimen als IM von der Stasi angeworben wurden, um über andere Kinder und Jugendliche im Heim zu berichten. Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und den Partnern in der Volksbildung funktionierte also im Besonderen. Da auch die Jugendhilfeausschüsse Angehörige der Volksbildung waren, liegt der Verdacht nahe, dass ähnliche Formen der Zusammenarbeit zwischen der Stasi und den Jugendhilfeausschüssen nachzuweisen sind. Diese These wird durch die Ausführungen von Templin/Dümmel gestützt. „Die Kontrolle von Schülern und Eltern, die Möglichkeit, missliebige Eltern über die Schulsituation der Kinder einzuschüchtern oder zu erpressen, funktionierten nicht nur von Fall zu Fall, sie waren systematisch organisiert. (...) Die Jugendhilfe, eigentlich zum Schutz der Kinder und der Familie gedacht, verkehrte ihre Aufgabe ins genaue Gegenteil, wenn sie für Heimeinweisungen aus politischen Gründen oder sogar Zwangsadoptionen missbraucht wurde.“ (Templin/Dümmel 2002, 77) Aus Zeitzeugenberichten und Studien geht hervor, dass eine besondere Repression der Stasi auf Familien nach Stellung von Ausreiseanträgen erfolgte. Bauer/Priebe (1996) beschreiben, dass nicht nur die Verhöre, die soziale Ausgrenzung oder die Kontrollen und Haussuchungen der Stasi von den Opfern als belastend empfunden wurden, sondern im Besonderen „die Androhung von Behörden, ihr Kind werde ihnen bei Aufrechterhaltung des Antrages oder vor der dann erfolgenden Ausreise

⁵ Kontrollfunktion der Stasi (selbständiges Ministerium) mit Beschluss vom 8. Februar 1950 gesetzlich geregelt. Dümmel geht von 91.000 Hauptamtlichen (in der Zentrale, den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen) und 173.000 Inoffiziellen Mitarbeitern (im zivilen Leben) der Stasi. Weiterhin waren gesellschaftliche Mitarbeiter, die Kontaktpersonen und die Mitarbeiter der K 1 in den Einheiten der Volkspolizei Quellen personenbezogener Informationen und Kontrollen (Dümmel 2002, 10).

wegenommen“ (Bauer/Priebe 1996, 41). Diese Androhungen sind mir auch aus Zeitzeugeninterviews bekannt, die im Rahmen eines Forschungsprojekts über Angehörige von Opfern der SED –Diktatur geführt wurden. Wichtig und interessant an dieser Stelle ist, dass die Androhungen, die Kinder „wegzunehmen“, nicht durch Jugendhilfeausschüsse erfolgten, sondern durch die Stasi.

Fälle, in denen Eltern, politisch motiviert, das Erziehungsrecht für ihre Kinder entzogen wurde, sind vielfach dokumentiert. Bereits in der Spiegel-Ausgabe 52/1975 wurde unter dem Titel „DDR: Die Kinder fest verwurzeln“ die DDR-Führung angeklagt, „den Versuch der Republikflucht mit Familienstrafe (zu) ahnden. Sie geben Kinder von Eltern, die bei der Flucht erappt werden, zur Adoption frei.“ Die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen wurde dem Ministerium für Volksbildung und der angehörenden Jugendhilfen zugesprochen. Weiter heißt es, dass „Margot Honecker die durchweg der SED angehörenden Leiter der Jugendhilfen aus der ganzen Republik zu einer rigorosen Praxis bei der Zuweisung von Flüchtlingskindern an linientreue Ersatzeltern ermuntert hatte.“ Dabei werden diese Anweisungen mit der DDR-Verfassung und dem Familiengesetzbuch in Verbindung gesehen.

Inwieweit Stasi und Jugendhilfe zum Schutze der sozialistischen Werte und Gemeinschaft entschieden, zeigt der Fall der Friedlinde Kupka: 1971 stellt Frau Kupka als alleinstehende Mutter einen Ausreiseantrag in die BRD. Daraufhin reagiert die Staatsmacht entsprechend der Richtlinie 1/76. Sie verlor 1973 ihre Arbeitsstelle als Sekretärin und schlug eine angebotene Stelle als Putzfrau aus. Vor der Strafkammer des Kreisgerichts Rostock-Stadt wird sie daraufhin wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch „asozialen Verhaltens“ in Tatmehrheit mit Vereitelung von Erziehungsmaßnahmen, zu dieser Zeit im 4. Monat schwanger, am 24. Oktober 1973 zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten verurteilt. Für ihre Tochter, 9 Jahre, wird eine staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht festgelegt. In der Begründung steht, dass „Maßnahmen zwecks Heimeinweisung eingeleitet werden, um zu sichern, dass das Kind keinen Schaden nimmt.“ Frau Kupkas Versuch, ihr Kind vor Heimeinweisung bei Verwandten unterzubringen scheiterte dadurch, „dass es den Vertretern des staatlichen Organs (gelang), den Aufenthaltsort des Kindes ausfindig zu machen und es in ein Heim einzuweisen.“ Am 28. September 1973 erfolgte die vorläufige Heimerziehung.

Am 21. November 1973 tagte der Jugendhilfeausschuss I des Rates der Stadt Rostock, an dem als Vorsitzender der Referatsleiter und als Mitglieder eine Lehrerin, eine Hausfrau, ein Rentner, ein Behördenangestellter, ein Diplompsychologe sowie als Anwesende die Mutter, eine Pionierleiterin, ein Vertreter der Schulleitung, der Heimleiter des Kinderheims in Rerik, der Bezirksreferent des Referats Jugendhilfe sowie eine Mitarbeiterin des Referats, die Schwester der Mutter und ein Jugendfürsorger teilnahmen. Im Beschluss wird festgehalten, dass Frau Kupka sich „bewusst und hartnäckig der staatlichen Einflussnahme“ widersetze, der im Zusammenhang mit dem Wunsch zur Übersiedlung in die BRD in Beziehung steht. Es werden ferner pädagogische Zielstellungen durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen, der die Heimeinweisung für die Tochter sowie Weisungen enthält,

welche die Tochter sowie Frau Kupka einhalten müssen. Die Jugendhilfekommission wird beauftragt, die Durchsetzung des Beschlusses sowie die Entwicklungsberichte zu kontrollieren und auszuwerten.

Am 30. September 1974 wird Frau Kupka das Erziehungsrecht für ihre Kinder durch die Kammer für Familienrecht des Kreisgerichts entzogen, die durch eine Richterin, einer Frisörin und einer Sachbearbeiterin als Schöffe besetzt war. In der Begründung heißt es: „Die Verklagte ist auf Grund der Einstellungen zu unserem Staat auch nicht in der Lage, die Kinder zu verantwortungsbewussten Staatsbürgern zu erziehen.“ Frau Kupka legt dagegen Berufung ein, die aufgrund eines Formfehlers abgelehnt wird.

Die Tochter blieb im Heim, der 1974 geborene Sohn wurde 6 Tage nach der Geburt an Adoptiv- Pflegeeltern übergeben. Nach verbüßter Haft, wurde Frau Kupka 1975 aus der DDR ausgewiesen. Ihre Kinder blieben in der DDR. Alle Kontakte zu ihren Kindern wurden ihr verweigert.

Der „Fall“ der Familie Kupka zeigt, inwiefern das politisch-ideologische Moment des Ausreiswunsches aus der DDR (im Einflussbereich der Stasi) in Verbindung zu auferlegten strafrechtlich relevanten Konstruktionen „asozialen Verhaltens“ (Justiz) zur Heimeinweisung der Kinder und zum Erziehungsrechtentzug der Mutter führte. Gemäß dem Postulat zum „Schutz von sozialistischen Werten der Gemeinschaft“ arbeiteten die Stasi und der Jugendhilfeausschuss hier Hand in Hand.

9

Ausblick

Um den Einfluss des MfS auf die Jugendhilfeausschüsse zu klären, sind umfangreiche Studien notwendig. Derzeit liegen keine vor, die sich direkt mit dieser Thematik beschäftigen. In mehreren Publikationen, wie u.a. zum Jugendhaus Halle (Reitel 2002) und zum Jugendwerkhof Torgau (Krausz 2010, Gatzemann 2009) sind speziell dazu keine oder nur sehr eingegrenzte Informationen enthalten. Auch in den umfangreichen Publikationen zur Jugendhilfe in der DDR u.a. von Zimmermann (2004) wird der Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe nicht thematisiert. In weiteren Recherchen werden für das Projekt personenbezogene Akten gesichtet und Interviews mit Zeitzeugen geführt.

Literatur

Dümmel, Karsten/ Schmitz, Christian (Hrsg.) (2002): Was war die Stasi? – Einblicke in das Ministerium für Staatssicherheit. Sankt Augustin.

Reschelt, Maud/ Krippendorf, Stefan (2002): „Der Weg ins Leben“ DDR-Strafvollzug im Jugendhaus Dessau. Magdeburg.

DDR: „Die Kinder fest verwurzelt. In: Spiegel-Ausgabe 52/1975, 19-26.

Bauer, Michael /Priebe Stefan (1996): Psychische Störungen infolge politischer Repressalien in der DDR – die Berlin-Studien. In: diess./Denis, Doris (Hrsg.):

Eingesperrt und nie mehr frei. Psychologisches Leiden nach politischer Haft in der DDR. Darmstadt, 35-44.

<http://www.imheim.de/thema/gjwh-torgau-eine-erfahrung/57831/2/> (Zugriff am 30.10.2010)

Dietzel, Kerstin (2009): Bildung und Erinnerung. Bildungstheoretische Betrachtungen im Spannungsfeld zwischen biographischer und kultureller Erinnerung am Beispiel von Angehörigen der Opfer der SED-Diktatur. Unveröffentlichte Habilitation an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Krausz, Daniel (2010): Jugendwerkhöfe in der DDR. Der geschlossene Jugendwerkhof Torgau. Hamburg.

Gatzemann, Andreas (2009): Der Jugendwerkhof Torgau. Das Ende der Erziehung. Berlin.

Reitel, Axel (2002): „Frohe Zukunft“ – Keiner kommt hier besser raus. Strafvollzug im Jugendhaus Halle. Magdeburg.

Jugendgesetz vom 28.1.1974

<http://www.verfassungen.de/de/ddr/jugendgesetz74.htm>

Stolz, Helmut (1977): Moralische Erziehung in der Familie. Schriftenreihe Elternhaus und Schule, Berlin.

10

Zimmermann, Verena (2004): Den neuen Menschen schaffen. Von der Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990). Köln.

Hoffmann, Julius (1981): Jugendhilfe in der DDR. Grundlagen, Funktionen und Strukturen. München.

Giesecke, Jens (2002): Die Hauptamtlichen Mitarbeiter. In: Dümmel, Karsten/ Schmitz, Christian (Hrsg.): a.a.O., 64-70.

Hille, Barbara (2002): Jugend und Jugendpolitik. In: Eppelmann, Rainer/ Möller, Horst/ Nooke, Günter/ Wilms, Dorothee (Hrsg.): a.a.O., 425-428.

Müller-Enbergs, Helmut (2002): Inoffizielle Mitarbeiter. In: Dümmel, Karsten/ Schmitz, Christian (Hrsg.): a.a.O.,

Berg, Christa (Hrsg.) (1998): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Band 6: 1945 bis zur Gegenwart, Teil 2, München.

Strafgesetzbuch der DDR von 1968

<http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafgesetzbuch68.htm>

Templin, Wolfgang/ Dümmel, Karsten (2002): Partner des operativen Zusammenwirkens. In: : Dümmel, Karsten/ Schmitz, Christian (Hrsg.): a.a.O., 75-79.

- Reiprich, Siegfried (2002): Eroberung und Konsolidierung der Macht. Zwei Phasen in der Geschichte der Stasi. In: : Dümmel, Karsten/ Schmitz, Christian (Hrsg.): a.a.O., 14-20.
- Knabe, Hubertus (2002): „Zersetzungsmaßnahmen“. In: Dümmel, Karsten/ Schmitz, Christian (Hrsg.): a.a.O., 26-31.
- Rössner, Dieter (2002): Jugendstrafrecht. In: Eppelmann, Rainer/ Möller, Horst/ Nooke, Günter/ Wilms, Dorothee (Hrsg.): a.a.O., 421-425.
- Judt, Matthias (Hrsg.) (1998): DDR-Geschichte in Dokumenten.
- Zahn, Hans-Eberhard (2001): Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS – Psychologische Aspekte und biographische Veranschaulichung. 3. Auflage, Berlin.
- Wanitschke, Matthias (2004): „Anwerben oder Zersetzen“. Über das kollektivistische Menschenbild des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Erfurt.
- Werkenthin, Falko (1998): Recht und Justiz im SED-Staat. Bonn.
- Müller, Klaus-Dieter/ Stephan, Annegret (Hrsg.) (1998): Die Vergangenheit lässt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen. Berlin.
- Bericht über den Weg und Schicksal der Familie Kupka. <http://www.igfm.de/Bericht-ueber-Weg-und-Schicksal-der-Familie-Kupka.1170.0.html> (Zugriff am 30.10.2010)

Archivmaterial:

LHASA, MD, Rep K 9, Nr. 1219: Jugendgesundheitsfürsorge: Übergabe der Jugendämter an die Organe der Volksbildung, 1947-1948.

Zur Autorin:

Kerstin Dietzel

Jahrgang 1971, Dr. phil., Privatdozentin an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Erziehungswissenschaft (Lehrstuhl Allgemeine Pädagogik)

Arbeitsschwerpunkte: Biographieforschung, Bildungsforschung, Erinnerungsforschung, Historische Kindheits-, Jugend- und Familienforschung

Veröffentlichungen zu den Schwerpunkten: Bildung und Erinnerung, Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg, Fürsorgeerziehung im Nationalsozialismus, Angehörige von Opfern der SED-Diktatur, Gedenkstättenpädagogik, Zeitzeugenprojekte

Strafrechtliche Rehabilitierung von Heimkindern in der DDR

Forschungsbericht

15.03.2011

Kerstin Dietzel

Inhalt

1.	Einleitung.....	2
1.1	Fragestellungen und Ziele	2
1.2	Eigene Vorgehensweise	4
2.	Ergebnisse der Akteneinsicht und Dokumentenanalyse	6
2.1	Fallbegutachtung durch die Rehabilitierungskammer	6
2.2	Angaben über die analysierten Fälle im Landgericht Magdeburg.....	7
2.3	Musteranalyse und Fallspezifika.....	8
3.	Offene Fragen und Desiderata	13
4.	Fazit und Ausblick.....	16

1. Einleitung

1.1 Fragestellungen und Ziele

Am 13. Mai 2009 hat das Bundesverfassungsgericht eine zurückgewiesene Entscheidung des Oberlandesgerichts Naumburg auf strafrechtliche Rehabilitierung wegen Einweisung in ein Kinderheim aufgehoben und zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen. Dies führte dazu, dass zum einen eine Konkretisierung und Erweiterung des bisherigen Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes erfolgte. Das Vierte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften vom 2. Dezember 2010 bezieht sogar die behördlich angewiesene Unterbringung in Kinder- und Jugendheime der DDR ein. Zum anderen stellte seitdem eine Vielzahl ehemaliger Heimkinder einen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung bei den Rehabilitierungskammern der zuständigen Landgerichte. Allein im Landgericht Magdeburg gingen seit 2009 ca. 500 Anträge von ehemaligen Heimkindern in der DDR zur Bearbeitung ein.

Die Beschlussfassung seitens der Landgerichte gestaltet sich in der Rekonstruktion einer Verletzung wesentlicher Grundsätze einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung sehr schwierig, da eine Trennschärfe zwischen fürsorglicher Einflussnahme des Staates und politischer Motivation der Heimeinweisung vage ist. Oft kann eine politische Verfolgung oder angeordnete Rechtsfolgen, die im groben Missverhältnis zu der zu Grunde liegenden Tat stehen (§1 und § 2 StrRehaG), durch fehlende Dokumente fallspezifisch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Hier ist eine enge Zusammenarbeit der Rehabilitierungskammern der Landgerichte mit den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, den Jugendämtern und Archiven der Städte und Kreise sowie mit der BStU notwendig.

Eine oft eingeschränkte Aktenlage in den Archiven erschwert die Beschlussfassung der Gerichte nachhaltig. An dieser Stelle greift das vorliegende Forschungsvorhaben nun Fragestellungen auf, die dem Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse in der DDR nachgehen, um daraus fallübergreifende Grundlagen zur Rehabilitierung von Heimkindern in der DDR zu erarbeiten. Da die Forschungslage dazu bisher sehr überschaubar und unter dem Aspekt der ‚sozialistischen Erziehungspraxis‘ ausgelegt ist, stellt dieses Projekt eine

Grundlagenforschung mit konkret anwendungsbezogenem Charakter dar. Es verfolgt zwei wesentliche Zielstellungen:

- a) Anfertigung eines Gutachtens zu den Vorgaben, Richtlinien und Formen der Einflussnahme des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Arbeit der Jugendämter und Jugendhilfeausschüsse in der DDR
- b) Erarbeitung von Grundlagen/ Empfehlungen zur Rehabilitierung von Heimkindern, die in die zukünftige richterliche Entscheidungspraxis einfließen können (in Zusammenarbeit mit den Rehabilitierungskammern der Landgerichte)

Dabei wurden seitens des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt (LStU) und der Richter der Rehabilitierungskammer des Landgerichts Magdeburg unterschiedliche Forschungsfragen gestellt, die es zu bearbeiten galt. Seitens des LStU wurde im Wesentlichen nach Strukturen und Arbeitsweisen der Jugendhilfeausschüsse in der DDR gefragt:

- Recherche in den Stasi-Unterlagen zu Strukturen und Arbeitsweisen der Jugendhilfeausschüsse der DDR in Zusammenarbeit mit dem MfS vor und nach 1965
- Formen der Einflussnahme des MfS auf die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse (Vorgaben und Richtlinien)
- Zielgruppenforschung (wer wurde aus welchen Gründen und beruhend auf welchen Grundlagen in Heime überführt) in personenbezogenen Akten und Interviews
- Wie wurde die Arbeit der Jugendhilfe durch das MfS überwacht und begleitet?
- Strukturell-personelle Beteiligung sowie Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse

Während der Landesbeauftragte eher historisch-grundlagentheoretische Fragestellungen zur Erforschung der anweisenden Instanzen artikulierte, fokussierten die Richter der Rehabilitierungskammer auf eine klare historisch-anwendungsorientierte Forschungsarbeit bezüglich der grundsätzlichen Fragestellungen in Verbindung zu den einzelnen Schicksalen der Heimkinder in der DDR:

- Können Heimkinder rehabilitiert werden?
- Welche Heimkinder können rehabilitiert werden?
- Auf welcher Grundlage können Heimkinder rehabilitiert werden?

Das gemeinsame Ziel war es, historische Fakten zur Vorgehensweise der Jugendhilfeausschüsse, die zur Anweisung der Heimerziehung führten, systematisch zu recherchieren. Dabei galt es zum einen herauszufinden, ob und welche Arten der Zusammenarbeit, auf welchen Vorgaben und Richtlinien basierend, zwischen dem MfS und den Jugendhilfeausschüssen praktiziert wurden. Zum anderen war eine personenbezogene Recherche in Akten der Rehabilitierungskammer beantragenden Heimkinder unerlässlich, um Vorgehensweisen, die zu einer Rehabilitierung der Heimkinder führen bzw. diese ausschließen, anhand der Gegenüberstellung rechtlicher Voraussetzungen und richterlicher Verfügungspraxis zu rekonstruieren.

1.2 *Eigene Vorgehensweise*

Entsprechend der vielschichtigen Forschungsfragen, wurden verschiedene Arbeitsschritte und Methoden abgeleitet und im Zeitraum von März 2010 bis März 2011 forschungsleitend umgesetzt. Im Hinblick auf die historischen Recherchen waren Aktenstudien in einschlägigen Archiven notwendig, die im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, der BSTU Außenstelle Magdeburg und dem Bundesarchiv in Berlin durchgeführt wurden. Daneben wirkte auch das Landgericht Magdeburg als Archiv, da die Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung zum größten Teil personenbezogene Akten beinhalteten.

Im Land Sachsen-Anhalt sind zwei Landgerichte für die Rehabilitierung von Heimkindern zuständig (entsprechend der ehemaligen Bezirksgrenzen der Bezirke Magdeburg und Halle). Die Zuständigkeit der Gerichte ist abhängig vom Ort der Vollstreckung, der örtlich zuständigen Behörde bzw. des Jugendhilfeausschusses. Bezüglich der Rekonstruktion der richterlichen Verfügungspraxis wurde eine Vielzahl personenbezogener Akten, exemplarisch am Beispiel des Landgerichts Magdeburg, eingesehen. Dabei ist davon auszugehen, dass sich die aus den Anträgen generierten Fallgruppen denen der Rehabilitierungskammern anderer Gerichte ähneln und aufgrund der Analyse der Akten in der Rehabilitierungskammer des Landgerichts Magdeburg verallgemeinernde, grundsätzliche Vorgehensweisen in der

Rehabilitierung von ehemaligen Heimkindern in der DDR auch für andere zuständige Gerichte ableiten lassen.

Die aus dem Aktenstudium gewonnenen Einblicke und Erkenntnisse wurden durch Gespräche mit den Richtern der Rehabilitierungskammer des Landgerichts Magdeburg sowie mit ehemaligen Heimkindern forschungsunterstützend ergänzt.

2. Ergebnisse der Akteneinsicht und Dokumentenanalyse

2.1 *Fallbegutachtung durch die Rehabilitierungskammer*

Anhand der durchgesehenen Fälle konnte ein Muster der Begutachtung der Anträge seitens der Rehabilitierungskammer am Landgericht Magdeburg generiert werden, welches zum einen abhängig von Art und Umfang der Antragstellung bzgl. der dem Antrag beigefügten Akten und persönlichen Dokumente der Antragsteller ist. Wichtig zu erwähnen ist, dass es für die Begutachtung der Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung keine Verwaltungsvorschriften oder Leitfäden für Richter gibt, sondern allein die Kommentare des StrRehaG Möglichkeiten fallspezifischer Auslegungen eine Grundlage für oder gegen eine Rehabilitierung bieten. Die Beschlussfassung erfolgt durch eine Verfügung der Staatsanwaltschaft Magdeburg, die durch drei Richter der Rehabilitierungskammer befürwortet oder abgewiesen wird. Dabei ausschlaggebend ist das Mehrheitsprinzip (2:1).

Generell umfasst der gesamte Vorgang, von der Antragstellung des Betroffenen bis zur Beschlussfassung durch die Rehabilitierungskammer am Landgericht, sieben wesentliche Arbeitsschritte:

Antrag des Betroffenen wird eingereicht	enthält persönliche Angaben, Angaben zum Heim, zu den Eltern
Bestätigung des Eingangs des Antrags seitens der Rehabilitierungskammer	
Anforderung von Gutachten und Unterlagen z.B. in den Kreisarchiven und Jugendämtern, an die BSTU und damals zuständigen Jugendhilfearchiven durch die Rehabilitierungskammer des Landgerichts	Jugendakten angefordert, Beschlüsse der Jugendhilfeausschüsse, Erziehungsberichte, Polizeiakten, Akten über Hausbesuche, Protokolle der Jugendhilfe-Beiratssitzungen, Beurteilungen der Lehrer, Ausbilder, Führungsberichte, Einweisungen in Heime oder Jugendwerkhöfe, Scheidungsurkunden der Eltern, psychiatrische Gutachten etc.
Prüfung aller Unterlagen und Dokumente	

Verfügung der Staatsanwaltschaft Magdeburg	Zusammenfassung der Ergebnisse der Prüfung der vorliegenden Unterlagen, Vorschlag zu einem Beschluss
Versendung des Lesetextes an den Antragsteller mit Bitte um Einverständnis oder Stellungnahme	Möglichkeit der Stellungnahme durch den Antragsteller (Bestätigung oder Widerspruch)
Beschluss der Rehabilitierungskammer des Landgerichts Magdeburg	Beschluss: aufgehoben/ oder zurückgewiesen (auf der Grundlage der Verfügung der Staatsanwaltschaft Magdeburg)

Generell wird die Bearbeitung der einzelnen Fälle von der Antragstellung bis zur Beschlussfassung derzeit mit ca. einem Jahr angegeben. Die lange Bearbeitungszeit ist den oft umfangreichen Recherchen nach personenbezogenen Akten in zahlreichen Archiven geschuldet. Eine zeitnahe Beschlussfassung ist meist dann möglich, wenn entweder selbst erbrachte Dokumente, Beschlüsse oder Eidesstattliche Erklärungen von Zeugen dem Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung durch den Antragsteller selbst beigelegt werden bzw. die Urteilsfindung durch Inhalte einschlägiger Dokumente aus den Archiven eine Rehabilitierung lt. StrRehaG zweifelsfrei bestätigen oder dieser widersprechen. Eine „aufgehobene“ Beschlussfassung ist in der Regel bei „jüngeren“ Antragstellern aussichtsreicher, die in den 1970er und 1980er Jahren in DDR-Heime eingewiesen wurden, da bei denen in Archiven oft Akten vorhanden sind bzw. mögliche Zeugen noch leben.

2.2 *Angaben über die analysierten Fälle im Landgericht Magdeburg*

Nach Angaben der Rehabilitierungskammer am Landgericht Magdeburg war deren Arbeit bis zum Sommer 2009 ausschließlich auf die strafrechtliche Rehabilitierung politischer Opfer, die in der DDR verurteilt und inhaftiert wurden, konzentriert. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Mai 2009, wonach auch außerhalb eines Strafverfahrens ergangene Entscheidungen, bei denen Freiheitsentzug angeordnet wurde, rehabilitiert werden kann und der darauf folgenden Berichterstattung in den Medien, war ein sprunghafter Anstieg von Anträgen auf Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder zu verzeichnen. Nach

Aussagen zuständiger Richter wurde die Behörde sogar von Anträgen „überrollt“. Allein von Juli bis Dezember 2010 gingen ca. 350 Anträge in der Behörde ein.¹

Beachtenswert ist, dass nach Angaben der Richter der Rehabilitierungskammer des Landgerichts derzeit nur 20 % der gestellten Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung von Heimkindern der ehemaligen DDR erfolgreich sind. Das liegt vor allem darin begründet, dass aufgrund der Gesetzeslage nur die Kinder rehabilitiert werden können, denen eine vorhergehende politische Verfolgung ihrer selbst bzw. der Eltern nachgewiesen werden kann oder deren Heimeinweisung sachfremden Zwecken diene und mit einer rechtsstaatlichen Ordnung nicht vereinbar sind. Das schließt grundsätzlich Heimkinder aus, die aus fürsorglichen Gründen und/oder auf Wunsch der Eltern als schwererziehbar in Kinderheime und Jugendwerkhöfe der DDR eingewiesen wurden.

Der Ansatz der Richter am Landgericht Magdeburg, der für eine Beschlussfassung grundlegend ist, ist der, dass durch die Nachweispflicht und Mitwirkungspflicht der beantragenden ehemaligen Heimkinder sichergestellt werden muss, dass in jedem Fall eine unangemessene Heimeinweisung belegbar ist, die sich an den gesetzlichen Rahmenbedingungen (StrRehaG) orientiert.

2.3 *Musteranalyse und Fallspezifika*

In Vorabsprachen zum Projekt wurden vom Vorsitzenden Richter der Rehabilitierungskammer des Landgerichts Magdeburg bereits Fallgruppen von Antragstellern benannt, die sich aus der Bearbeitungspraxis der bisherigen Fälle heraus ergaben. Er nannte 4 Fallgruppen für Kinder, für die aus unterschiedlichen Gründen eine Heimeinweisung durch die örtlich zuständigen Jugendhilfeausschüsse erfolgte:

- Kinder, deren Eltern Republikflucht begingen oder mit dem Staat aus politischen Gründen in Konflikt gerieten
- Kinder, die allgemeine Erziehungsprobleme im Elternhaus hatten (Sexueller Missbrauch, Alkohol)
- Kinder, deren Eltern geschieden waren (ein Elternteil in der BRD lebend)

¹ Alle Daten wurden mir nach Auswahl einer Angestellten der Rehabilitierungskammer zur Verfügung gestellt.

- Kinder, deren Eltern verstorben sind und von keinem Angehörigen betreut werden konnten

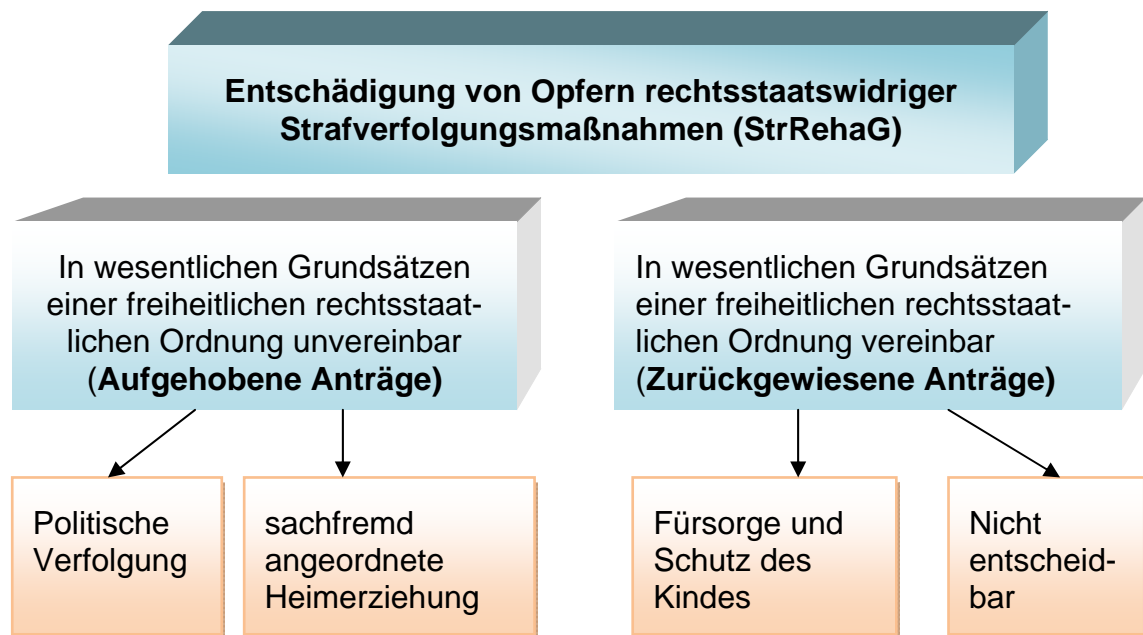
Diese vier Fallgruppen bildeten eine Grundlage für die Sichtung der personenbezogenen Akten im Landgericht Magdeburg und konnten im Zuge der Analyse, ausgehend von der Gesetzeslage, konkretisiert und erweitert werden.

Im Landgericht Magdeburg wurden im Februar 2011 insgesamt 30 personenbezogene Akten gesichtet, Fallspezifika herausgearbeitet und Fallgruppen, so genannte Muster, gebildet. Die Akten wurden von der Rehabilitierungskammer ausgewählt und mir zur Durchsicht am beaufsichtigten Ort übergeben. Dabei wurde der Fokus in der Wahl der Akten darauf gelegt, dass zum einen vorwiegend „aufgehobene“ und zum anderen auch „zurückgewiesene“ Beschlüsse durchgesehen wurden. Eine Spezifizierung im Hinblick auf Genderfragen und Heimeinweisungsorte und -zeiten wurde nicht berücksichtigt, da der Fokus der Fragestellung auf Heimkinder in der DDR allgemein, den möglichen Gründen für eine Heimeinweisung und die Spezifizierung von Fallgruppen zielte.

Trotzdem können folgende soziodemographisch relevante Aussagen zu den untersuchten Fällen getroffen werden: von den 30 untersuchten Fällen waren 20 Anträge von männlichen und 10 von weiblichen Antragstellern eingereicht worden. Deren Geburtsjahre reichten von 1938 bis 1981, was eine Betrachtung der Gründe sowie der Art und Weise der Heimeinweisung mehr als über die gesamte Dauer der DDR, genauer von 1945 bis 1989, zuließ. Jedoch werden diese hier nicht weiter berücksichtigt. Insgesamt wurden 12 Fälle durchgesehen, deren Rehabilitierungsgesuche laut Beschluss der Rehabilitierungskammer am Landgericht Magdeburg „zurückgewiesen“ wurden und 18 Fälle, die „aufgehoben“ wurden. In 3 Fällen wurden Rehabilitierungsanträge für die Heimeinweisung in den Jugendwerkhof Torgau vom Kammergericht Berlin rehabilitiert. Bei diesen drei Fällen ist zu bemerken, dass vorherige Aufenthalte in Kinderheimen und Jugendwerkhöfen durch die Rehabilitierungskammer des Landgerichts Magdeburg nicht rehabilitiert wurden.

Im Folgenden möchte ich nun auf die einzelnen Muster dezidiert eingehen. Dabei ist der Verweis auf die rechtliche Grundlage für eine strafrechtliche Rehabilitierung durch das StrRehaG von Vorteil. Letztlich sind die Muster, die fallkontrastierend aus den einzelnen Fällen gebildet werden konnten, der Rechtsprechung angelehnt.

Darstellung der Muster entsprechend des Beschlusses



(eigene Darstellung)

Aufgehobene Anträge: Anträge der Betroffenen können für eine durch die Rehabilitierungskammer festgelegte Zeit aufgehoben werden, in der sie „zu Unrecht Freiheitsentziehung erlitten“ haben. Diese wird in der Regel umfassend begründet, z.B. durch die Art der Unterbringung in einem geschlossenen Heim oder durch beigezogene Verwaltungsvorgänge. Nachgewiesen werden muss, dass „die Entscheidung des Rates (durch den Jugendhilfeausschuss des zuständigen Bezirkes oder Kreises) der *politischen Verfolgung* gedient hat“ (§§ 1 Abs. 1 Nr. 2, 2 Abs. 2 des StrRehaG). Diese Fälle des Musters „*politische Verfolgung*“ sind deutlich in der Minderzahl und können aufgrund der sehr guten Zusammenarbeit mit den Archiven (z.B. BStU) und der darin befindlichen Akten meist zügig und rechtlich eindeutig rehabilitiert werden. Bei den hier untersuchten Fällen betraf dies ehemalige Heimkinder,

- die zu Unrecht von dem in der BRD lebenden Elternhaus getrennt waren
- die nachweislich selbst aufgrund eines eigenen Fluchtversuches (§213 StGB DDR) bzw. mit dem Staat aus politischen Gründen in Konflikt gerieten
- deren Eltern Republikflucht begingen/begehen wollten oder mit dem Staat aus politischen Gründen in Konflikt gerieten

Die Mehrzahl der vom Landgericht Magdeburg rehabilitierten Fälle erfolgte auf der Grundlage des § 1 Abs. 1 Nr. 2 StrRehaG, der besagt, dass mit der Heimeinweisung ein „Verstoß gegen wesentliche Grundsätze einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung und ein großes Missverhältnis der angeordneten Rechtsfolgen zu den zugrunde liegenden Handlungen“ vorliegt. Die Heimeinweisung, meist in Jugendwerkhöfe, erfolgte hier nachweislich nicht aus politischen Gründen, sondern ist dem Muster „*sachfremd angeordnete Heimerziehung*“ zuzuordnen. Sie erfolgte:

- wegen fehlender Einstellung zum Lernen und zur Arbeit (ohne zusätzlich begangener Straftat)
- zum Schutz der Kinder vor dem Elternhaus (z.B. bei sexuellem Missbrauch)
- aus Kapazitätsgründen (bei Vollbelegung der Heime)
- rechtswidrige Verlängerung der Heimerziehung, trotz Gutachten der Heimleitung „das Kind in das Elternhaus“ entlassen zu können
- wegen krankheitsbedingter Verhaltensauffälligkeiten, die leicht hätten behandelt werden können (z.B. Bettnässen)

Zurückgewiesene Anträge: Nicht rehabilitierte, also zurückgewiesene Anträge sind außerhalb der gesetzlichen Rahmen liegend begründet. Dies betrifft Heimeinweisungen, die nachweislich aus erzieherischen Gründen, z.B. durch Antrag auf Heimerziehung der Eltern schwererziehbarer Kinder oder nach begangener Straftat der Kinder/Jugendlichen erfolgte. Analog zu den aufgehobenen Anträgen, konnten bei den zurückgewiesenen Anträgen keine Verstöße gegen Grundsätze einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung und kein grobes Missverhältnis der angeordneten Rechtsfolgen“ nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 StrRehaG nachgewiesen werden. Dabei wird der Beschluss ausschließlich nach Maßgabe des Motivs, welches zur Heimeinweisung führte, getroffen. Erfahrungen, die in den Heimen im Rahmen der „sozialistischen Erziehung“ von den Heimkindern vorliegen und heute noch als möglicherweise posttraumatische Belastungsstörungen deren Leben nachhaltig beeinflussen, werden in der Beschlussfassung nicht berücksichtigt. Das in den Heimen erlittene Unrecht sowie die „heutigen andersartigen Auffassungen von Umgang und Erziehung mit und von Kindern vor dem Hintergrund der damaligen Vorstellungen nicht entscheidend zu beanstanden sind“ tritt vor dem Motiv der Anordnung der Heimerziehung zurück.

Anhand der hier untersuchten Fälle konnten folgende Fallspezifika für das Muster „*Schutz und Fürsorge des Kindes*“, generiert werden:

- Kinder, deren Heimeinweisung aus erzieherischen Gründen ergangen war (allgemeine Erziehungsprobleme im Elternhaus, Überforderung der Eltern)
- Kinder, die aufgrund der Antragstellung der Eltern oder mit deren Befürwortung in Heime eingewiesen wurden
- Kinder, die aufgrund von Straftaten und krimineller Delikte in Heime eingewiesen wurden

In diesen Fällen konnte nicht nachgewiesen werden, dass die Anordnung der Heimerziehung vorrangig der Einschränkung der persönlichen Freiheit des Betroffenen galt bzw. „aus sachfremden Erwägungen“ erfolgte. Während in einigen Fällen sehr klar fürsorgliche Aspekte für eine Heimerziehung aus der Aktenlage erkennbar sind, ergeben sich bei anderen Fällen Fragen, die nicht eindeutig geklärt werden können, weil z.B. eben diese Aktenlage fehlt (Akten vernichtet bzw. in Archiven nicht auffindbar). Auch diese Anträge wurden dann zurückgewiesen bzw. die Entscheidung bis zur Erbringung neuer sachdienlicher Erkenntnisse zurückgestellt. Diese Fälle sind dem Muster „*nicht entscheidbar*“ zuzuordnen.

Ich möchte nun auf offene Fragen, Probleme und Desiderata in der Beschlussfassung, auf die ich während der Durchsicht der personenbezogenen Akten im Landgericht Magdeburg stieß, aus Sicht der Richter und der Betroffenen, näher eingehen.

3. Offene Fragen und Desiderata

Anhand der Analyse der Akten im Landgericht Magdeburg konnten mehrere Aspekte durchleuchtet werden, die hier explizit angesprochen werden sollen und müssen, da sie für die Zusammenarbeit zwischen Betroffenen und Richtern bezüglich des Erfolgs von Rehabilitierungsverfahren von größtem Nutzen sein können. Dabei soll die Arbeit der Richter im Vordergrund der Betrachtung stehen und offene Fragen bzw. Forschungsdesiderata angesprochen werden.

Die Richter der Rehabilitationskammer am Landgericht Magdeburg haben eine verantwortungsvolle Aufgabe. Sie sind aufgrund der Änderung der Rechtsprechung nun dazu aufgefordert, zwanzig Jahre nach der politischen Wende von 1989, Entscheidungen über die Rehabilitation von Heimkindern herbeizuführen. Sehr eindrucksvoll ist anhand der durchgesehenen Akten zu konstatieren, mit welchem juristischen aber auch historischen Gespür Beschlüsse über Rehabilitation von Heimkindern in der DDR gefasst werden. Oft gleicht die Arbeit der Richter der eines Detektivs, Psychologen und Historikers in einem. So werden Akten der Jugendhilfe in den Kreisen und Städten ihrer Zuständigkeit bzw. der BStU oder des Bundesarchivs angefordert, psychologische Gutachten gelesen und Entwicklungsberichte der Heimleitungen über die Heimkinder ausgewertet. Dabei liegen die Gründe für eine Einweisung in ein Kinderheim oder Jugendwerkhof der DDR oft im Verborgenen, sind verschleiert und nur „zwischen den Zeilen“ zu lesen. Es ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe der Richter, diese Dokumente intensiv zu prüfen. Diese Aufgabe nehmen sie sehr gewissenhaft wahr und führen sie zu einem Beschluss. Dabei sind das konkrete historische Interesse und die hartnäckige Verfolgung von historischen „Spuren“ für das Treffen einer juristischen Entscheidung von Vorteil. Auch der Austausch der Richter der Rehabilitationskammer am Landgericht Magdeburg zu den einzelnen Fällen ist immer gegeben und wird intensiv gepflegt.

In ihrer Beschlussfassung orientieren sich die Richter an den rechtlichen Vorgaben des StrRehaG. Die Auslegung der dort formulierten Paragraphen, obliegt der Autonomie der Richter. D.h. jede Rehabilitationskammer der Landgerichte deutschlandweit entwickelt anhand ihrer praktisch erfahrenen und gewachsenen Entscheidungspraxis eigene Richtlinien und Vorgehensweisen in der Rehabilitation von Heimkindern der DDR. Dabei wird betont, dass dies eine „Ländersache“ sei. Am

prägnantesten wird dies durch die Besonderheit der Rehabilitierung von Heimkindern, die im Jugendwerkhof Torgau „erzogen“ wurden, verdeutlicht. Hier entschied im Jahr 2004 das für Torgau zuständige Kammergericht Berlin, dass der Nachweis über die Heimunterbringung in den geschlossenen Jugendwerkhof grundsätzlich durch o.g. Behörde vollständig rehabilitiert wird. Dabei sind z.B. Gründe für die Heimeinweisung sekundär und die Erziehungspraxis der Jugendlichen am konkreten Ort rückt in den Mittelpunkt der Entscheidung. Im Leitsatz des Beschlusses des Kammergerichts Berlin vom 15.12.2004 heißt es dazu: „Der Senat hält es nach Überprüfung der bisherigen Rechtsprechung nicht mehr für gerechtfertigt, bei der Unterbringung von Jugendlichen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau die Entscheidung über die Rehabilitierung von den Gründen abhängig zu machen, die zu der Einweisung geführt haben. Vielmehr ergibt eine Würdigung der Umstände, unter denen die Einweisungen vorgenommen und die Unterbringung durchgeführt wurden, dass hierbei die Menschenrechte der betroffenen Jugendlichen regelmäßig schwerwiegend verletzt wurden. Deshalb waren die Einweisungen unabhängig von den Gründen für die Anordnung regelmäßig mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar.“ (<http://www.sed-opfer-hilfe.de/urteiltorgau%20neu.pdf>, 15.03.2011)

Dagegen werden Heimzeiten in allen anderen Kinderheimen und Jugendwerkhöfen nur nach Maßgabe der Paragraphen des StrRehaG rehabilitiert, wobei die Gründe für die Heimeinweisung primär für eine Beschlussfassung sind und die Erziehungspraxis in den Heimen sekundär betrachtet wird.

Grundsätzlich ist die Gesetzgebung durch das StrRehaG auslegbar. Einheitliche Leitfäden oder Richtlinien, wie das Gesetz konkret angewendet werden soll, gibt es nicht. Auch in der intensiven Zusammenarbeit der verschiedenen Rehabilitierungskammern über die Landesgrenzen hinweg wird deutlich, dass unterschiedliche Vorgehensweisen und Richtlinien in der Auslegung des Gesetzes existieren. So z.B. können Heimkinder in der DDR, die wegen Arbeitsbummelei in einem Jugendwerkhof eingewiesen wurden, durch die Rehabilitierungskammer am Landgericht Magdeburg rehabilitiert werden, in den Landgerichten des Freistaats Thüringen wird dies nicht so praktiziert. Generell, und das wurde auch auf einer Tagung über DDR-Kinderheime im November 2010 in Erfurt deutlich, ist eine Verunsicherung der Richter der Rehabilitierungskammern in der Anwendbarkeit des Gesetzes spürbar, zu dessen Klärung auch diese Expertise beitragen soll.

Zunehmend erschwert wird der Umstand der „Unsicherheit“ durch eine erst am Anfang stehende bzw. fehlende Forschungslage. Derzeit ist die Thematik der Kinderheime und Jugendwerkhöfe in der DDR zwar ein öffentlich präsent Thema, wird aber im Wesentlichen durch einzelne Zeitzeugendokumentationen bzw. Monografien zu einzelnen Jugendwerkhöfen, im Besonderen Torgau, dominiert. Dazu gehört auch die Darstellung der „sozialistischen Erziehungspraxis“ in der Forschungsliteratur. Die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse wurde historisch fragmentarisch, vorwiegend anhand der Aufzeichnungen von Eberhard Mannschatz, rezipiert. Somit ergeben sich Fragen, die direkte Auswirkungen auf die juristische Rehabilitierung der Heimkinder und damit auf die Entscheidung der Richter in der Auslegung des StrRehaG haben: Welche Heimkinder können rehabilitiert werden? Was ist neben der politischen Motivation für eine Heimerziehung noch ausschlaggebend für die Rehabilitierung: Was genau sind „angeordnete Rechtsfolgen, die in grobem Missverhältnis zu der zu Grunde liegenden Tat stehen“? (vgl. StrRehaG § 1 Abs. 2) Was genau sind sachfremde Zwecke einer Heimeinweisung (vgl. StrRehaG § 2 Abs. 1)? Wie kann Leben unter „haftähnlichen Bedingungen“ definiert werden (vgl. StrRehaG § 1 Abs.2)? Auch die „Unterbringung unter haftähnlichen Bedingungen“ aus dieser Zeit kann nicht mehr bewiesen werden. Viele Heime haben in den letzten zwanzig Jahren die Besitzer gewechselt und sind heute keine Heime mehr. Die darin befindlichen Archive wurden entweder vernichtet oder den jeweiligen Kreis- Stadt- und Landesarchiven überstellt. Haftähnliche Bedingungen nachzuweisen ist also schwierig und sollte in umfangreichen Forschungen an den konkreten Orten und Archiven umgesetzt werden. Wichtig erscheint mir auch die Frage, inwieweit Zeitzeugenaussagen über die haftähnlichen Bedingungen in den Kinderheimen und Jugendwerkhöfen in der richterlichen Rechtsprechung sachdienlich sind bzw. welche spezifischen Kriterien diese ausweisen. Dies sind Fragen, auf die die historische Forschung und damit die bisherige Rechtsprechung keine konkreten Antworten gefunden haben und die sicher, auf weitere Forschungen angewiesen, zu beantworten wären.

Teilweise ist es auch schwierig, Antworten auf diese Fragen zu finden. Anhand der Durchsicht der Fälle im Landgericht Magdeburg wurde deutlich, dass oft keine Akten mehr, wie z.B. im Landkreis Börde, zu Heimkindern existieren. Dies ist nicht verwunderlich, da diese personenbezogenen Akten nach DDR-Archivgesetz nur zehn Jahre nach Vollendung des 18. Lebensjahrs der Betroffenen archiviert werden

mussten. Somit ist zu erkennen, dass Heimkinder, die in den 1970er und 1980er Jahren in Heimen und Jugendwerkhöfen der DDR eingewiesen wurden eine gute Aussicht auf eine Bearbeitung (!) ihrer Rehabilitierungsanträge haben. Doch was ist mit den Heimkindern, die in den 1950er oder 1960er Jahren in Heime der DDR eingewiesen wurden? Hier fehlen oft Akten der Jugendämter, auch Zeitzeugen (z.B. Familienangehörige) sind oft schon verstorben, die an Eides Statt Erklärungen abgeben können und somit die nicht mehr durch schriftliche Quellen belegbaren Darstellungen der Betroffenen fundieren. Doch auch dieser Fakt wird im StrRehaG nicht explizit berücksichtigt und lässt den Richtern der Rehabilitierungskammern an den Landgerichten Spielräume.

Daher ist die Zusammenarbeit sämtlicher Behörden (Jugendämter, LStU, BStU, Archive, Gerichte) im Rahmen der Bearbeitung eines Falles unabdingbar. Diese beginnt jedoch nicht erst mit der Antragstellung des Betroffenen, sondern bereits mit der Beratung der Betroffenen im Vorfeld der Antragstellung, die derzeit bei der Rehabilitierungskammer des Landgerichts Magdeburg durch zwei Verwaltungsangestellte sicher gestellt wird. An dieser Stelle wäre eine intensive Zusammenarbeit mit dem LStU zu empfehlen, der bereits im Vorherein über Möglichkeiten zum Verfahren der Antragstellung aufklären und beraten kann. Dazu könnte eine Vereinbarung und die Erarbeitung eines gemeinsamen Handlungsleitfadens zwischen Gericht und LStU abgestimmt und umgesetzt werden.

Auch der Erfahrungsaustausch der Richter unterschiedlicher Rehabilitierungskammern, über die Landesgrenzen hinweg, wäre zu empfehlen. Im Rahmen eines eigens dazu durchgeführten Workshops, in Kooperation mit den LStU der ostdeutschen Länder, könnten so Erfahrungen in der Rechtsprechung ausgetauscht und richterliche Fragestellungen im Hinblick auf die derzeitige Gesetzeslage konkretisiert und abgestimmt werden.

4. Fazit und Ausblick

Abschließend möchte ich auf die eingangs zitierten Fragen der Richter der Rehabilitierungskammer des Landgerichts Magdeburg dezidiert eingehen. Den Ausgangspunkt dafür bietet grundsätzlich das Aktenstudium vor Ort und stellt eine empfehlende Sichtweise dar.

Können Heimkinder rehabilitiert werden?

Entsprechend des Gesetzes über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (StrRehaG) und des Vierten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften vom 2. Dezember 2010 ist in der Regel eine Rehabilitierung von Heimkindern vorgesehen. Demnach sind ehemalige Beschlüsse der Jugendhilfeausschüsse der Städte und Kreise in der DDR rechtsstaatswidrig, wenn die Heimeinweisung der politischen Verfolgung und sachfremden Zwecken gedient hat oder der Freiheitsentzug unter haftähnlichen Bedingungen erfolgte (vgl. ebd.). Der Gesetzgeber definiert dabei die Personengruppe der „Heimkinder“ explizit. Die Entschädigung von Heimkindern in der DDR ist im Rahmen der Gesetzgebung ethisch-moralisch nachvollziehbar und sollte stärker an konkrete Kriterien, die sukzessive aus den entsprechenden Mustern und der dazugehörigen Fallspezifika heraus generiert und erweitert werden, gebunden sein.

Welche Heimkinder können rehabilitiert werden?

Derzeit werden Rehabilitierungen ehemaliger Heimkinder in der DDR rechtskräftig, wenn eine politische Motivation für die Heimeinweisung durch Akten nachweisbar ist, wenn die Heimeinweisung durch Akten nachweisbar sachfremden Zwecken diente (vgl. Musteranalyse) oder wenn die Jugendlichen im Jugendwerkhof Torgau, da dort unter haftähnlichen Bedingungen lebend, eingewiesen waren.

Auf welcher Grundlage können Heimkinder rehabilitiert werden?

Heimkinder können auf der Grundlage des StrRehaG rehabilitiert werden, sofern eine beweiskräftige personengebundene Aktenlage in den Jugendämtern und Archiven vorliegt. Liegt diese nicht vor, wird ein Fall nicht entschieden und von einer Beschlussfassung, bis neue Beweise seitens der Antragsteller eingereicht werden, zurückgestellt. Fehlende Akten der Heimkinder können z.B. durch Eidesstattliche Erklärungen von damaligen Zeugen ergänzt werden (Eltern, Geschwister, Heimerzieher, Jugendamtsmitarbeiter etc.) und somit zu einer Entscheidung der Richter der Rehabilitierungskammern beitragen.

Der Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe in der DDR

Abschlussbericht

15.02.2012
bearbeitet von
Dr. Kerstin Dietzel

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	3
2.	Fallgruppen und Hintergründe (1960er bis 1980er Jahre).....	4
2.1	<i>Zwangsadoptionen</i>	4
2.2	<i>„Sicherung der Entwicklung elternloser und familiengelöster Kinder“</i>	6
2.3	<i>„Fehlentwicklung“, „verfestigte negative Einstellungen“ und „negativ-dekadente Jugendliche“</i>	7
2.4	<i>Sicherung der Jugendpolitik durch das MfS</i>	11
2.5	<i>„Erziehungsgefährdete Minderjährige“</i>	13
3.	Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe	15
3.1	<i>Überwachung der Jugendhilfe</i>	15
3.2	<i>Befehle, Anordnungen und Durchführungsbestimmungen</i>	16
3.3	<i>Untersuchungen in Jugendwerkhöfen und in Heimen</i>	20
4.	Zusammenfassung.....	27
5.	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	29

1. Einleitung

Im März 2009 wurde seitens des Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt eine Forschungsarbeit in Auftrag gegeben, die sich der Fragestellung zuwandte, ob bzw. inwieweit eine Zusammenarbeit des MfS mit den Jugendhilfeausschüssen in der DDR im Rahmen der Heimeinweisungspraxis nachweisbar sind. Das gesamte Projekt hatte insgesamt drei aufeinander aufbauende Teile und Herangehensweisen:

- Teilnahme und Referat zum Workshop im Landtag in Erfurt 2009
- Forschungsbericht zur Praxis der strafrechtlichen Rehabilitierung von Heimkindern beim Landgericht
- Aktenrecherchen in der BStU

In diesem vorliegenden dritten Teil, dem Abschlussbericht, wurden MfS-Akten zur Thematik der Heimerziehung in der DDR, der Jugendwerkhöfe (JWH) sowie einschlägige Dienstanweisungen bzw. Anordnungen in der BStU eingesehen und ausgewertet. Personenbezogene Akten konnten aus Datenschutzgründen nicht mit herangezogen werden und lagen daher nicht vor. Dennoch konnten einige Fälle anhand der MfS-Akten nachgezeichnet werden, die bereits öffentlich wurden und im Kontext des MfS in Bezug zur Jugendhilfe in der DDR für diese Forschungsarbeit relevant wurden.

Ziel war es, in Akten historisch belegbare Fakten zur Arbeitsweise der Jugendhilfeausschüsse in Verbindung mit dem MfS im Rahmen der Heimeinweisungen systematisch zu recherchieren. Dabei galt es herauszufinden, ob und inwiefern Formen der Zusammenarbeit belegbar sind, die auf welchen Vorgaben und Richtlinien basierend, zwischen dem MfS und den Jugendhilfeausschüssen praktiziert wurden. Die Recherche in den Akten erfolgte anhand von Findbüchern im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (LHASA) in Magdeburg sowie in der zur Verfügung gestellten Vorauswahl der Aktenbestände in der BStU.

Eine lückenlose Rekonstruktion des Einflusses und der Zusammenarbeit zwischen MfS und Jugendhilfe in der DDR kann hier nur punktuell erfolgen, was dem vorliegenden Aktenmaterial geschuldet ist. In diesem Bericht werden daher die in den Akten nachweisbaren Beziehungen zwischen MfS und Jugendhilfe beispielhaft erwähnt, wobei auch auf Anordnungen und Dienstanweisungen fokussiert wird. Die Aktenrecherche kann jedoch nur eine Herangehensweise sein, dem Einfluss des MfS auf die Jugendhilfeausschüsse erkenntnisleitend näher zu kommen. Sachse weist diesbezüglich darauf hin, „sowohl die Gesetzeslage als auch die Praxis (der Heimeinweisung, K. D.) eröffneten eine Reihe von formellen und informellen Möglichkeiten, zwischen beiden Verfahren (formaler Akt der Jugendhilfe und Gerichtsurteil der Jugendgerichte, K.D.) zu wechseln, die sehr stark vom individuellen Ermessen der Akteure bestimmt waren. Insofern ist aus heutiger Sicht jeder Einzelfall zu untersuchen, um zu einem historisch gerechten Urteil zu gelangen.“ (Sachse 2010, 123f.)

Entsprechend diesem Fazit leistet die vorliegende Arbeit einen ersten Beitrag zur Erforschung einer Thematik, die bisher als Forschungsdesiderat gilt und in Akten selbst oft schwer nachweisbar ist.

Mein Dank gilt vor allem Frau Winkelmann von der BStU-Außenstelle in Magdeburg für ihre kompetente und freundliche Unterstützung.

2. Fallgruppen und Hintergründe (1960er bis 1980er Jahre)

Der Einflussnahme des MfS in Heimeinweisungen in der DDR wurde anhand verschiedener Berichte, Anweisungen oder „geheimer“ Anordnungen in Verbindung mit anderen Behörden, die in BStU-Akten nachweisbar sind, geregelt. Tendenziell fand eine enge Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der Jugendhilfe in puncto Heimeinweisung vorwiegend bei folgenden Fallgruppen statt: bei Kindern von Republikflüchtigen, bei jugendlichen Republikflüchtigen, „elternlosen und familiengelösten Kindern“, sowie Jugendlichen mit „Fehlentwicklungen“ bzw. „verfestigten negativen Einstellungen“ zum Staat. Im Folgenden werden die Dokumente des MfS und deren Inhalte kurz beschrieben, da den dort geschilderten Formen der Einflussnahme des MfS auf die Jugendhilfe in jedem Fall eine politische Motivation der Heimeinweisung vorausging.

2.1 Zwangsadoptionen

Am 22. Juni 1977 erging seitens des MfS ein „streng geheimer“ Bericht mit Verteiler an die DVP, HA IX beim MfS (Strafrechtliche Ermittlungen Untersuchungsorgan), an ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe Flucht, Übersiedlung) und HON (vermutlich Margot Honecker) über den auch Erich Mielke unterrichtet war. Dieser Bericht wurde als „Information über die Sachlage und die konkreten Zusammenhänge von erfolgten Adoptionen sowie verfügt Vormundschaften bei Kindern, deren leibliche Eltern oder Elternteile die DDR verlassen haben“ betitelt¹. Auf dem 27 Seiten umfassenden Dokument sind fünf Fälle beschrieben, die Zwangsadoptionen von Kindern von Eltern, die die DDR verließen, schildern. Dieser Bericht nimmt direkt Bezug auf eine Initiative des Spiegels aus dem Jahr 1975, der das Thema „Zwangsadoptionen in der DDR“ nach Ausreisen von Eltern aus der DDR medial inszenierte. Wahrscheinlich sind die Fälle, die in der Darstellung im Spiegel aufgegriffen wurden², seitens des MfS in diesem Bericht recherchierend zusammengestellt worden.

Das Muster der Fälle und die Vorgehensweise der Stasi sowie der Organe der Jugendhilfe bei der Zwangsadoption gestalten sich ähnlich. Es geht um Adoptionen von Kindern von Eltern, die aus der DDR flüchten wollten, inhaftiert wurden und ausreisten bzw. durch die BRD freigekauft wurden.

So ist z.B. der Fall der Familie Grüber von 1973 dokumentiert, der aussagt, dass die Eltern zweier Kinder im Alter von 2 und 4 Jahren am 5. August 1973 „bei dem Versuch festgenommen wurden (...) die DDR ungesetzlich zu verlassen.“³ Der Fluchtversuch wurde zusammen mit den Kindern unternommen, wobei die Eltern ihren Kindern Faustan als Narkosemittel verabreichten, um diese während der Flucht, aus Angst vor einer möglichen Verhaftung, ruhig zu stellen. „Auf der Grundlage dieses Sachverhaltes war durch das zuständige Organ der Jugendhilfe beim Rat des Stadtbezirkes Berlin-Mitte am 15. November 1973 Klage gegen die Eheleute eingereicht worden, ihnen auf Grund dieses verantwortungslosen Verhaltens und ihrer Absicht, *die Kinder aus den gewohnten sozialen Verhältnissen in der DDR herauszulösen*, das Erziehungsrecht zu entziehen.“⁴ Neben der Verhaftung der Eltern seitens des MfS reichte demnach das Referat Jugendhilfe zusätzlich Klage gegen die Eltern aus o.g. Gründen ein. Die Eltern der Kinder wurden wegen des Fluchtversuches zu einer

¹ MfS ZAIG Nr. 2710

² Deutlich wird trotz Anonymisierung des vorliegenden Aktenmaterials, dass die Daten klar u.a. die Fälle Grüber und Kupka aufgreifen (vgl. Spiegel Ausgaben 51 und 52/1975).

³ MfS ZAIG Nr. 2710, 2

⁴ MfS ZAIG Nr. 2710, 3

Freiheitsstrafe von je 2 Jahren und 10 Monaten verurteilt. Noch während der Haft wurde ihnen das Erziehungsrecht für ihre Kinder entzogen, die seit 24. Februar 1975 bei einer Pflegefamilie untergebracht waren. Die beiden Kinder wurden später von der Pflegefamilie adoptiert. Im Dokument ist festgehalten, dass sich die Eltern einen Tag vor der Ausreise aus der DDR zu einer Unterhaltszahlung für ihre in der DDR verbleibenden Kinder aussprachen. Desweiteren wurden sie lt. Dokument von den „zuständigen Rechtsorganen“ darüber aufgeklärt, dass, wenn sie in der DDR blieben, das Sorgerecht zurück erhielten bzw., wenn sie die DDR verließen, die Kinder in der DDR bleiben müssten.⁵ Aus diesem Dokument geht zweifelsfrei hervor, welcher Druck seitens der Jugendhilfe und des MfS auf die Eltern ausgeübt wurde, mit ihren Kindern in der DDR zu bleiben. Dieser Akt der Erpressung der Eltern über das Erziehungsrecht für ihre Kinder wird in diesem Dokument eindringlich geschildert und ist aus heutiger Sicht rechtstaatswidrig.

Die leiblichen Eltern lebten seit ihrem Freikauf aus der DDR ab 1975 in West-Berlin. Ihre Kinder wurden durch das Referat Jugendhilfe des Rates der Stadt Eisenhüttenstadt am 19. November 1975 in eine Familie nach Frankfurt/Oder vermittelt⁶, wobei die fehlende Einwilligung der leiblichen Eltern durch einen Gerichtsbeschluss⁷ ersetzt wurde. Die leiblichen Eltern in der BRD wurden darüber nicht informiert. Alle Bemühungen der Eltern in der BRD, die Kinder aus der DDR zu sich zu holen, schlugen fehl. Die Familie Grübler sah ihre Kinder erst im Frühjahr 1990 wieder.

Das MfS verfasste in Vorbereitung des Berichtes Aufgaben im Bereich der Erarbeitung von Persönlichkeitsbildern zu den leiblichen Eltern und potentiellen Adoptiveltern der Kinder. Weiterhin schützte das MfS die Adoptiveltern mit den Kindern in der nachhaltigen Umsetzung der Beschlüsse der zuständigen Gerichte im Rahmen der Zwangsadoptionen. Familie Grübler, die ihre Kinder zu sich nach West-Berlin holen wollten, schalteten die Medien in der BRD ein (Spiegel, SFB, ARD, Sunday Express, Gesellschaft für Menschenrechte), um Druck auf die Organe in der DDR auszuüben. Es wird beschrieben, wie die Adoptiveltern mit den Kindern „stark verunsichert“⁸ waren und durch Umzug aus ihrer gewohnten Umgebung flüchteten, da der Presseandrang für sie zu groß wurde. Dass dazu auch Maßnahmen der staatlichen Organe eingeleitet wurden, z.B. um den neuen Wohnort der Adoptiveltern und Kinder möglichst anonym zu halten, liegt auf der Hand und wurde von MfS und Jugendhilfe mit unterstützt.

In diesem Sinn war das MfS, wie dieses vom MfS selbst verfasste Schriftstück zeigt, direkt an der Erarbeitung von Persönlichkeitsbildern von DDR-Dissidenten in der Vorbereitung auf die Entscheidungsfindung der Jugendhilfeausschüsse in Bezug auf Zwangsadoptionen und in der Umsetzung der dort getroffenen Beschlüsse direkt beteiligt – auch über Jahre hinweg. Den leiblichen Eltern wurde durch das MfS in diesem Persönlichkeitsbild eine „negative Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“⁹ zur Last gelegt. Auffällig ist, dass alle in der Akte dargestellten Fälle durchgehende Muster der gutachterlichen Kriminalisierung der Eltern aufweisen. Deutlich wird, dass die Kriminalisierung der Eltern – eigentlich politisch motiviert – eine deutliche

⁵ MfS ZAIG Nr. 2710, 4f.

⁶ MfS ZAIG Nr. 2710, 1f.

⁷ Nach § 70 des Familiengesetzes der DDR von 1965 sah über die Annahme an Kindes statt vor: „(1) Verweigert ein Elternteil die Einwilligung und steht die Verweigerung dem Wohle des Kindes entgegen oder ergibt sich aus seinem bisherigen Verhalten, daß ihm das Kind und seine Entwicklung gleichgültig sind, kann die Einwilligung dieses Elternteils auf Klage des Organs der Jugendhilfe durch das Gericht ersetzt werden. (2) Dem Antrag kann auch ohne Einwilligung des Elternteils entsprochen werden, wenn dieser Elternteil zur Abgabe einer Erklärung für eine nicht absehbare Zeit außerstande ist, ihm das Erziehungsrecht entzogen wurde oder sein Aufenthalt nicht ermittelt werden kann.“ (Jugendhilfe 1972, 60)

⁸ MfS ZAIG Nr. 2710, 6

⁹ MfS ZAIG Nr. 2710, 7

asoziale Komponente erfährt, die den Entzug des Erziehungsrechts für ihre Kinder notwendig erscheinen lassen. Im Gegensatz dazu wurde den Adoptiveltern, meist Mitglieder der SED, eine „positive Einstellung zum Staat“ bescheinigt, die die Gewähr dafür bot, „dass das Kind im sozialistischen Sinne“ erzogen wurde¹⁰. So wird im Dokument deutlich, dass die Persönlichkeitsbilder in jedem Fall aussagen, dass die leiblichen Eltern ihren Unterhaltungspflichten nicht oder nur unregelmäßig nachkamen¹¹, ihre Kinder vernachlässigten¹² oder einen unmoralischen Lebenswandel¹³ pflegten, um den staatlichen Schutz der Kinder seitens der Jugendhilfe glaubhaft zu unterstreichen. Darüber hinaus kann vermutet werden, dass auch Spionagetätigkeiten des MfS in der BRD zum Einsatz kamen, z.B. um die Aktivitäten der ausgereisten Eltern, deren Verbleib und Erwerbsstatus in der BRD zu ermitteln.

Interessant ist ferner der Aspekt, dass das MfS abschließend feststellt, dass „bei den in der Information behandelten Fällen eindeutige rechtliche Entscheidungen zum Teil - seit mehreren Jahren – seitens der zuständigen Organe der Jugendhilfe bzw. der Rechtspflegeorgane getroffen wurden. Veränderungen der Rechtslage wären nur in Abstimmung und mit Einverständnis aller an den Entscheidungen beteiligten staatlichen Organe und anderen Partnern möglich.“¹⁴ Ich interpretiere dies so, dass das MfS in diesen Fällen, da es um Republikflucht und Übersiedlung in die BRD ging, sogar eine federführende Stellung gegenüber der Jugendhilfe einnahm, nämlich die Arbeit der Jugendhilfe und Rechtspflegeorgane evaluierend und koordinierend im Hinblick auf mögliche Veränderungen bestehender Rechtslagen und deren Umsetzung.

2.2 „Sicherung der Entwicklung elternloser und familiengelöster Kinder“¹⁵

In der Vertraulichen Verschlussache des Ministerrats der DDR vom 23. Juni 1983, welche lt. Verteiler auch an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise ging, weist für 1983 aus, dass „durch die Jugendhilfeorgane für rund 14.000 elternlose und familiengelöste Minderjährige die staatliche und gesellschaftliche Sorge umfassend“¹⁶ gewährleistet wurde. Weiterhin wurde resümiert, dass 33.000 ehrenamtliche Mitarbeiter in den Jugendhilfekommissionen, Jugendhilfeausschüssen und Vormundschaftsräten tätig waren, die nach Aussagen in diesem Dokument jährlich über 30.000 Entscheidungen trafen. In ca. 10.500 Fällen lautete deren Entscheidung, den Eltern das Sorgerecht, wenn auch nur zeitweilig, zu entziehen¹⁷. D.h. jede dritte Entscheidung der Jugendhilfeorgane in dieser Zeit sah eine Heimeinweisung vor. Diese Kinder wurden den Kinderheimen und Jugendwerkhöfen zugeführt, um deren Erziehung und Persönlichkeitsentwicklung staatlich zu „sichern“. Denn: „Die Sorge für elternlose und familiengelöste Kinder und Jugendliche ist ein politischer und humanistischer Auftrag des sozialistischen Staates.“¹⁸ Bezeichnend in diesem Zitat ist, dass nicht der humanitäre Auftrag als vordergründig betrachtet wurde, sondern der politische Auftrag!

¹⁰ MfS ZAIG Nr. 2710, 22

¹¹ MfS ZAIG Nr. 2710, 8

¹² MfS ZAIG Nr. 2710, 11 und 15

¹³ MfS ZAIG Nr. 2710, 23f.

¹⁴ MfS ZAIG Nr. 2710, 27

¹⁵ Der Titel geht auf einen gleichnamigen Beschluss zurück in: MfS Sekr. d. Min. Nr. 1709, Teil 1 von 2, 171

¹⁶ MfS ZAIG Nr. 1709, Teil 1 von 2, 175

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ MfS Rechtsstelle 865, 80

Aus einem Bericht des Leiters des Büros des Magistrats der Stadt Berlin vom 30. März 1983 geht hervor, dass durch die Räte der Stadtbezirke der Hauptstadt 1.514 elternlose und familiengelöste Kinder und Jugendliche betreut worden sind¹⁹. Von diesen 1.514 Kindern und Jugendlichen lebten 921 in Familien, 593 in Heimen - davon 12 % schwererziehbar in Spezialkinderheimen und JWH, 11 % waren Hilfsschüler und 10 % schulbildungsunfähig-förderungsfähig²⁰. Von den 1.514 Kindern verloren 409 (27%) ihre Eltern durch Tod. Die Vormundschaft erhielten in diesen Fällen oft Angehörige, Nachbarn oder Kollegen. 619 (41%) der Eltern wurde das Erziehungsrecht wegen schwerer Pflichtverletzung entzogen. Diese Kinder waren aufgrund „psychisch-physischer Schädigungen“ schwer in andere Familien zu vermitteln. 486 (32%) Kinder waren familiengelöst, d.h. die Eltern gaben ihre Einwilligung zur Aufnahme ihres Kindes in andere Familien. Weiterhin sagt der Bericht aus, dass die Anzahl der familiengelösten Kinder in Berlin von 1975 zu 1983 um 20 % zurückgegangen sei²¹. Allein in Berlin lagen 1983 465 Anträge von Familien vor, die Kinder, vorwiegend im Alter zwischen 0 bis 3 Jahren, adoptieren wollten. Ältere Kinder waren in Familien schwer vermittelbar. Die „Mehrzahl der Kinder, die in andere Familien eingegliedert werden könnten, (sollten) nicht älter als 10 Jahre (sein). Tatsächlich konnten jährlich durchschnittlich 180 Adoptionen beschlossen werden.“²²

2.3 *„Fehlentwicklung“, „verfestigte negative Einstellungen“ und „negativ-dekadente Jugendliche“*

Umfassende Informationen zur Jugendkriminalität in der DDR liegen in BStU-Akten der 1980er Jahre vor. Interessant ist die Berücksichtigung aus dem Grund, da auch politische Einstellungen, Republikflucht oder Rowdytum als nicht staatskonform und dem sozialistischen Idealbild der Jugend entsprechend, in der DDR kriminalisiert wurden. Auskunft über diese Erscheinungen geben die „Informationen über die Entwicklung der Jugendkriminalität und Schlussfolgerungen für die weitere Qualifizierung der Tätigkeit der Leitungen der FDJ auf dem Gebiet der sozialistischen Rechtserziehung“ von 1988²³. In den Jahren 1986 und 1987 wurden durch Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren in der DDR 11.059 bzw. 11.417 Straftaten begangen²⁴. Kinder im Alter zwischen 6 bis 14 Jahren verübten 1987 4.700 Straftaten. Insgesamt lag die Kriminalitätsrate der Jugendlichen 1987 bei 46,03 % (12,9 % Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren; 33,2 % Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren) aller in der DDR verübten Straftaten²⁵. D.h. fast die Hälfte aller begangenen Straftaten in der DDR wurde 1987 von Jugendlichen verübt. Interessant sind nun die „Rechtsverfehlungen“ zu betrachten, die einer Charakterisierung der straffälligen Jugendlichen folgte als Jugendliche „mit niedrigem Bildungsniveau“, „mangelnder gesellschaftlicher Aktivität“, „ausgeprägtem Alkoholmissbrauch“, „Integration in (asoziale, K.D.) Gruppierungen“ und dem „Nachahmen westlicher Idole, Leitbilder, Denk- und Verhaltensweisen“²⁶. Genau genommen

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. ebd., 82

²¹ Vgl. ebd., 81

²² Vgl., ebd.

²³ MfS HA VII 2737, 70-76. Das Dokument enthält keine Datierung. Da sich aber alle Angaben auf 1986 und 1987 beziehen und auf Seite 76 ein „gegenwärtiger Prozess der Umsetzung des Beschlusses vom 2.2.1988“ angegeben ist, ist davon auszugehen, dass das Dokument direkt danach angefertigt wurde.

²⁴ MfS HA VII 2737, 70

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Vgl. ebd., 71f.

fokussiert diese getroffene Charakterisierung der straffälligen Jugendlichen nicht auf die Straftaten selbst, wie z.B. eine gesteigerte Gewaltbereitschaft etc., sondern betont eindeutig vordergründig deren asoziale Lebensführung bzw. politische Einstellungen zum Staat. Neben Diebstahl (50 % aller Straftaten) wurde besonders herausgestellt: „Während sich bei Straftaten gegen die Rechte der Bürger (einschließlich Sexualdelikte) der leichte Rückgang der letzten Jahre fortsetzte, stiegen hingegen Rowdytum, ungesetzlicher Grenzübertritt und weitere Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung teilweise deutlich an.“²⁷ Besonders interessant war die „Straftat“ des ungesetzlichen Grenzübertritts genauer zu betrachten. In einem Bericht von 1983 ist ausgewiesen, dass allein im Zeitraum zwischen 01.01.1982 und 31.12.1982 „rechtswidrige Ersuchen auf Übersiedlung nach der BRD bzw. Westberlin“ zu 28,4 % von Jugendlichen unter 18 Jahren gestellt wurden.²⁸ Der Anteil der Jugendlichen bis 25 Jahre, die 1982 einen Grenzdurchbruch versuchten, lag mit 950 Personen bei 72,4 % aller „Täter“. Bei 44,3 % (31 Jugendlichen) gelang der Grenzdurchbruch²⁹.

	Bei verhinderten Grenzdurchbrüchen		Bei vollendeten Grenzdurchbrüchen	
	1981	1982	1981	1982
unter 14 Jahre	7	12	5	0
14 bis unter 16 Jahre	91	74	0	0
16 bis unter 18 Jahre	220	202	6	3
18 bis unter 25 Jahre	614	662	26	28

Abb. 1: Anteil Jugendlicher an vollendeten und verhinderten Grenzdurchbrüchen³⁰

Beachtlich ist die hohe Anzahl der „verhinderten Grenzdurchbrüche“, die von Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren begangen wurden. Nachweislich sind einige Jugendliche danach auch den JWHen in der DDR bzw. den Jugendhäusern (Jugendstrafanstalten) zugeführt worden. Weiterhin wird der deutliche Anstieg der „ungesetzlichen Grenzübertritte“ zwischen 1981/1982 und 1987 deutlich. Betrug er bei den Jugendlichen 1982 noch insgesamt 950, stieg die Anzahl 1987 auf ca. das Doppelte an. Die Statistik weist folgendes Bild von Verurteilungen des Jahres 1987 aus:

Körperverletzung	3.500
Ungesetzliche Grenzübertritte	1.857
Rowdyhafte Handlungen	1.707
Asoziales Verhalten (Verletzung der Arbeitsdisziplin, Arbeitsbummelei)	1.659
Straftaten gegen die staatliche Ordnung (Widerstand, Verleumdung, Beleidigung)	mehr als 1.000

Abb. 2: Anzahl begangener Straftaten durch Jugendliche 1987³¹

Deutlich ist, dass politisch motivierte Einstellungen und Handlungen der Jugendlichen sowie „asoziales“ Verhalten durch die DDR-Rechtsprechung als Straftaten kriminalisiert und Strafdelikten wie Diebstahl oder Körperverletzung gleichgestellt wurden. Im Klartext wird anhand der Statistik deutlich: es gab in der DDR drei verschiedene „Tätergruppen“: kriminelle, politisch-kriminelle und asoziale. All diesen Jugendlichen wird ein „mehr oder weniger ausgeprägtes, dauerhaftes Defizit an sozialistischen Einstellungen hinsichtlich Ordnung, Disziplin, Gesetzlichkeit, Mitgestaltung und gesellschaftliches Zusammenleben überhaupt“³² beschieden. Besonders Gruppierungen der „Gruftis“

²⁷ Vgl. ebd., 72

²⁸ Vgl. ebd., 131

²⁹ Vgl. ebd., 130

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Vgl. ebd., 72f.

³² Vgl. ebd., 73

oder Gruppierungen „faschistischen und neofaschistischen Gedankengutes“ bewirkten „Unruhe und Unsicherheit unter der Bevölkerung“³³. Damit einhergehend wurden antisemitische Schmierereien, Losungen wie „Die Mauer muss weg“, das Singen des Deutschlandliedes und das Verbrennen oder Schädigen von Bildern der Partei- und Staatsmacht beschrieben³⁴.

Anhand eines Berichts vom 10. April 1989 zu „aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung“³⁵, welcher durch die Hauptabteilung XX des MfS (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) angefertigt wurde, kann bestätigt werden, dass diese Gruppierungen operativ durch das MfS beobachtet wurden, und zwar nicht nur innerhalb der DDR, sondern dies betraf auch Jugendliche, die als Skinheads eingestuft wurden und aus der DDR bereits ausgewandert waren³⁶. Neben den Skinheads rückten auch andere Jugendkulturen in der DDR als „negativ-dekadent“ in den Fokus der Stasi. Die Punker wurden als „schmuddelig“ und „ihre Haltung zu jeglichen Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens“ als „asoziale Lebensweise“³⁷ kriminalisiert. Ihre Nähe zur Kirche und ihr „rowdyhaftes Auftreten“ stellte die Stasi als „Diskreditierung der Staatsmacht“³⁸ heraus. Den Heavy-Metal-Fans wurde ebenfalls rowdyhaftes Verhalten zur Last gelegt, besonders „Tätlichkeiten unter Alkoholeinfluss.“³⁹ Die Gufitis fielen durch eine „pessimistische Lebensauffassung“ auf. Sie traten zwar „nicht operativ“ in Erscheinung, verletzten aber durch ihre Kulthandlungen (Grabschändungen) „die Normen der Gesellschaft.“⁴⁰ Bei der Kontrolle der Gruppierungen durch das MfS wurde festgestellt, dass „insgesamt eine neue Qualität und höhere Effektivität in der Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane erreicht werden konnte.“⁴¹ Beteiligte Dienststellen des MfS waren die operativen Abteilungen XX, IX und VII der Bezirksverwaltungen und die Deutsche Volkspolizei.⁴² Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass „das Zusammenwirken zwischen dem MfS, den zuständigen staatlichen Organen und den gesellschaftlichen Kräften (...) weiter verbessert werden“⁴³ konnte, was die Konzentration sämtlicher „gesellschaftlicher Kräfte“ unter Federführung des MfS auf verschiedene Jugendkulturen in der DDR in zunehmendem Maße unterstreicht. Konkrete Maßnahmepläne wurden aufgestellt, die als „Kontrollmechanismen“ durch die FDJ-Bezirks- und Kreisleitungen umzusetzen waren. Dazu wurde die „inoffizielle Basis“ verstärkt. Es wurde der Bedarf angemerkt, „Neben der Schaffung neuer IM ist das vorhandene IM-Netz“⁴⁴ noch konsequenter und zielgerichteter auf die Einsatzrichtung unter negativ-dekadenten Jugendlichen auszurichten und zu qualifizieren. Es müssen größere Anstrengungen unternommen werden, solche IM zu schaffen, die zum harten Kern negativ-dekadenter Jugendlicher gehören.“⁴⁵ Dabei wurde auch betont, dass Jugendliche als IM anzuwerben

³³ Vgl. ebd., 74

³⁴ Vgl. ebd.

³⁵ Vgl. ebd., 84ff.

³⁶ Verweis auf den Fall Voigt, der in Berlin ein Skinhead-Anführer gewesen sein soll und 1988 die DDR verließ (Vgl. ebd., 85).

³⁷ Vgl. ebd., 89f.

³⁸ Vgl. ebd., 90

³⁹ Vgl. ebd.

⁴⁰ Vgl. ebd., 91

⁴¹ Vgl. ebd., 92

⁴² Vgl. ebd.

⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴ Aus einem Bericht vom 24. Januar 1983 geht hervor, dass 1981 nur 9 % des Gesamtbestands der IM in der Bezirksverwaltung Leipzig im Alter unter 21 Jahren war und dass der Bestand in der Bezirksverwaltung Schwerin 1981 in der Altersgruppe um 11 % rückläufig war. (vgl. MfS-ZAIG 27022, 118)

⁴⁵ Vgl. ebd.

sind, die „negativen Gruppierungen angehören bzw. die negativ aufgefallen sind.“⁴⁶ Ziel war die „weitere Zurückdrängung negativ-dekadenter Erscheinungsformen unter der Jugend, insbesondere der unverzüglichen Zersetzung und Liquidierung noch bestehender Gruppierungen.“⁴⁷ Es wird betont, dass durch die Bezirksverwaltungen des MfS dazu verstärkt „Werbungen von IM/GMS unter gesellschaftlichen Erziehungsträgern“ durchgeführt worden. Obwohl nicht detaillierter darauf eingegangen wird, welche Erziehungsträger gemeint sind, liegt der Verdacht nahe, dass im Punkt der Zusammenarbeit und Einflussnahme auf die Erziehung der Jugendlichen, auch entsprechende Mitarbeiter der Referate bei den Räten der Bezirke und Kreise angesprochen wurden.

Eine Statistik von 1981 beinhaltet die Anzahl der bearbeiteten operativen Vorgänge⁴⁸ und operativen Personenkontrollen⁴⁹ in den einzelnen Bezirksverwaltungen (BV) des MfS.

	Operative Vorgänge	Operative Personenkontrollen
BV Berlin	17	51
BV Cottbus	19 (24 Pers.)	-
BV Dresden	35	-
BV Frankfurt/O.	40	160
BV Halle	63 (89 Pers.)	53
BV Leipzig	14 (14 Pers.)	44
BV Magdeburg	24 (32 Pers.)	92
BV Rostock	14	39
BV Schwerin	5 (16 Pers.)	26

Abb. 3: Anzahl der bearbeiteten operativen Vorgänge und operativen Personenkontrollen in den einzelnen Bezirksverwaltungen⁵⁰

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass Erziehungsmaßnahmen bereits bei „Verdachtsmomente(n) hinsichtlich der Verletzung von Strafrechtsnormen wie §§ 213 (ungesetzlicher Grenzübertritt, K.D.), 106 (staatsfeindliche Hetze, K.D.) 220 (öffentliche Herabwürdigung, K.D.) und 100 (staatsfeindliche Verbindungen, K.D.) StGB⁵¹“ erfolgten. Damit erfährt die Maßgabe der politischen Dimension in der Kriminalisierung von Jugendlichen eine neue Qualität. Es wird also zwischen politisch-kriminellen und kriminellen „Tätern“ nicht unterschieden. Im Gegenteil, ihnen wird staatlicherseits wegen ihrer politischen Einstellungen zur DDR eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, welche Kriminelle (Diebstahl, Körperverletzungen) nicht mit einbezieht. In einem Bericht der HA XX des MfS für das Jahr 1981 wird erwähnt, dass „nach der darin vorgenommenen Aufgliederung straffällig gewordene(r) DDR-Bürger »Beschäftigungslose« nach Facharbeitern, angelernten und ungelernten Arbeitern sowie Angestellten an 4. Stelle von insgesamt 16 Berufsgruppen rangieren.“⁵² Das lässt den Schluss zu, dass entgegen der offiziellen Darstellungen des Staates, die DDR auch über Beschäftigungslose verfügte. Inwieweit diese Personen der Gruppe der sogenannten Asozialen (sogenannte „Beschäftigungsscheuen“) zuzuordnen waren, kann nicht belegt werden.

⁴⁶ MfS-ZAIG 27022, 119

⁴⁷ Vgl. ebd., 96

⁴⁸ Meint: „Konspiratives Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat begangen hatten oder dieses beabsichtigen (Anlass war oft schon nichtkonformes politisches Verhalten)“ (Die Bundesbeauftragte 2009, 60).

⁴⁹ Meint: „Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsspionage“ (vgl. ebd., 59)

⁵⁰ Vgl. MfS-ZAIG 27022, 124

⁵¹ Vgl. ebd., 125

⁵² Vgl. ebd., 130

2.4 Sicherung der Jugendpolitik durch das MfS

Im März 1983 wurde das Institut für politisch-operative Leitung am Lehrstuhl Operative Psychologie der Juristischen Hochschule in Potsdam Golm damit beauftragt, eine Vorgehensweise zur Sicherung der Jugendpolitik in der DDR für das MfS⁵³ zu entwerfen, welche auf vorhandene Forschungsarbeiten, unter Sichtung bisheriger Dokumente und Beschlüsse der SED, auf „Analysen und Erfahrungen im MfS sowie auf „Orientierungen des Genossen Ministers“⁵⁴ aufbauen sollte. Ziel war es, Orientierungen für die politisch-operative Arbeit und Arbeitsinstrumente auszuarbeiten, die als einheitliche Grundlage zur „Sicherung der Jugend“ in der Verantwortung der Hauptabteilungen des MfS dienen sollte. Dieses Dokument zeigt die gezielte Ausrichtung des MfS auf die Jugend, deren Zuwendung als „sicherheitspolitische(s) Erfordernis“⁵⁵ selbst definiert wurde – in Hinwendung auf alle Altersklassen und sozialen Schichten sowie u.a. zur „Sicherstellung der politisch-ideologischen, kulturellen, ökonomischen und sozialen Bedingungen der Entwicklung Jugendlicher.“⁵⁶ In der Begründung der Notwendigkeit der „Sicherung der Jugend“ seitens des MfS wurde eine

- „gezielte Störung der Jugendpolitik und spezielle Angriffe auf Gruppen Jugendlicher mit allen Erscheinungsformen feindlicher Tätigkeit, wie insbesondere der politisch-ideologischen Diversion, der feindlichen Kontaktpolitik/Kontaktstätigkeit, der Verbrechen gegen die Staatsgrenze, der Terror- und Gewaltakte und weiterer Staatsverbrechen“
- „der auf Jugendliche der DDR zielende subversive Missbrauch bestimmter Abkommen, Regelungen und Bedingungen in Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Reise- und Besucherverkehr, mit der Tätigkeit von Journalisten nichtsozialistischer Länder, mit Kultur- und Sportveranstaltungen in der DDR und anderen sozialistischen Ländern, mit der Tätigkeit der Kirchen u.a. der zu feindlichen und negativen Einstellungen und Verhaltensweisen bei den beeinflussten Jugendlichen führt“
- „der auf Jugendliche der DDR zielende subversive Missbrauch weiterer Erscheinungen, wie der Gewalt-, Alkohol- und Jugendkriminalität sowie gesellschaftswidriger, rowdyhafter Verhaltensweisen Jugendlicher der DDR ebensolche Einstellungen und Verhaltensweisen verfestigt und beständig neu hervorruft“⁵⁷ als grundlegend für die Einleitung entsprechender Maßnahmen beschrieben.

Deutlich wird, dass das MfS die Jugend als Opfer äußerer Einwirkungen betrachtet, wobei der Anspruch durch das MfS selbst gestellt wird, dass die Jugend „gesichert“ werden muss. Die Akzentuierung auf politische „Störungen“ oder „westliche Erscheinungsformen“ stehen entsprechend des Auftrages des MfS im Vordergrund des Interesses. Die Hauptaufgabe des MfS wurde demnach darin gesehen, „die für die DDR zukunftsbestimmende, störungsfreie Entwicklung der Jugend durch vorbeugende Aufklärung, Bekämpfung und Verhinderung feindlicher Einwirkungen und anderer, auf Jugendliche wirkende Gefährdungen“⁵⁸ zu gewährleisten. Dazu waren „weitgehend vorbeugende Leistungen (...) in allen gesellschaftlichen Bereichen (...) systematisch zu festigen und weiter zu erhöhen (...) (um) Ursachen und begünstigende Bedingungen für feindlich-negative

⁵³ MfS – ZAIG 27022, 152-187

⁵⁴ ebd., 152. Da das Gutachten durch das MfS selbst erstellt wurde, wird angenommen, dass hier mit „Genosse Minister“ Erich Mielke gemeint ist.

⁵⁵ ebd., 154

⁵⁶ ebd.

⁵⁷ ebd., 155

⁵⁸ ebd., 156

Handlungen (...) rechtzeitig aufzudecken und dauerhaft zurückzudrängen und zu beseitigen.“⁵⁹ In der Zusammenarbeit aller „verantwortlichen Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens (...)“ sind die staats- und wirtschaftsleitenden Organe, Wirtschaftseinheiten und andere gesellschaftliche Organe und Einrichtungen, besonders der sozialistische Jugendverband und andere Erziehungsträger, konkret zu unterstützen, indem alle eigenen Möglichkeiten zur Vermittlung des Feindbildes, zur Entwicklung des Rechtsbewusstseins, zu sachbezogener Information und überzeugender Mobilisierung und Befähigung dieser Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens genutzt werden.“⁶⁰ Da hier explizit „andere Erziehungsträger“ benannt sind, ist davon auszugehen, dass auch die Referate Jugendhilfe damit angesprochen waren, im Rahmen des politisch-operativen Zusammenwirkens“ mit dem MfS zusammenzuarbeiten, wobei das MfS die Federführung inne hatte. Allein der „Verdacht“ einer politisch „schädigende(n) Beeinflussungswirkung“⁶¹ gegenüber Jugendlichen genügte, um ins Visier des MfS und damit auch der Jugendhilfe in der DDR zu gelangen. Entsprechend der Richtlinie 1/76 waren Jugendliche im Fokus des MfS, bei denen der Verdacht auf Terror- und Gewaltverbrechen in Verbindung zur Staatsgrenze, Zusammenrottungen, Rowdytum und Hetze vorlag, aber auch Jugendliche vor allem mit kulturellem und kirchlichem Hintergrund mit einbezogen. Es wurden „jugendspezifische Besonderheiten“ seitens des MfS definiert, auf die sich die operative Arbeit stützen sollte. Zum „Schwerpunktprinzip“ wurde die „Intensivierung der IM-Arbeit“⁶² benannt, die auf „alle gesellschaftlichen Bereiche, in denen Jugendliche besondere Verantwortung übernehmen (...) in allen sozialen Schichten der Arbeiterjugend (...) der Wehrerziehung (...) und Freizeit“⁶³ ausgedehnt werden sollte. Notwendigerweise war die Sicherheitsüberprüfung in der Frage „Wer ist wer?“ „mit allen erforderlichen politisch-operativen Mitteln und Methoden zu erreichen.“⁶⁴ Dazu war die „Nutzung der Kräfte und Möglichkeiten der DVP und anderer Organe (Jugendhilfe/Heimerziehung) (...) zu allen anfälligen, labilen Jugendlichen entsprechend den für kriminell gefährdete und Jugendliche mit operativ bedeutsamen Verhalten gegebenen Merkmalen zu klären.“⁶⁵ D.h. in diesem Dokument wird erstmals die Verbindung des MfS zu den Referaten Jugendhilfe/Heimerziehung im Kontext der Sicherung der Jugendpolitik der DDR im Sinne der Umerziehung konkret und offen erwähnt. Weiterführend wurde bezüglich auch „Art und Inhalt vorbeugender, disziplinierender erzieherischer Maßnahmen und Festlegung über mögliche Teilnahme oder rechtlich begründeten Ausschluss von Veranstaltungen oder anderen gesellschaftlich bedeutsamen Ereignissen“⁶⁶ in Zusammenwirken von Referat Jugendhilfe/Heimerziehung sowie MfS für notwendig erachtet.

„Besonders ist zu orientieren auf die stärkere Ausnutzung aller Möglichkeiten, die sich aus dem politisch-operativen Zusammenwirken mit Organen des Mdl, der NVA und örtlichen Staatsorganen ergeben, um rechtzeitig und personenbezogen gesellschaftswidrige und speziell kriminelle Verhaltensweisen Jugendlicher (besonders Rowdytum, Asozialität, Alkoholmissbrauch u.ä.) vorbeugend zurückzudrängen, solche Jugendliche überzeugungswirksam durch Einsatz aller

⁵⁹ ebd.

⁶⁰ ebd., 157

⁶¹ ebd., 159

⁶² ebd., 161

⁶³ ebd., 161

⁶⁴ ebd.

⁶⁵ ebd., 164

⁶⁶ ebd.

erforderlichen Erziehungsmittel zu disziplinieren und zugleich ein Umschlagen/Eskalieren geringfügiger Normverletzungen in Feindschaft offensiv zu verhindern.“⁶⁷

Es wurde ferner angeregt, dass eine nichtstrukturelle zentrale Arbeitsgruppe Jugend beim stellvertretenden Minister zu bilden war, die in enger Zusammenarbeit mit den territorialen Dienststeinheiten unterstützt, in den Linien I, II, VII, IX, XVIII, XIX, ZAIG, ZKG, ZOS, HVA unter Leitung der HA XX analysieren und darauf abgestimmt politisch-operative Maßnahmen umsetzen sollte. Es sollten Jugendkarteien geführt werden sowie ein verstärkter Austausch von gespeicherten Personeninformationen in und außerhalb des MfS erfolgten. In dem Dokument wird weiterhin betont, dass politisch-operative Maßnahmen zu Jugendlichen mit „operativ bedeutsamen Merkmalen im Strafvollzug, in Jugendwerkhöfen und in Zusammenhang mit ihrer Wiedereingliederung“⁶⁸ festzulegen wären. Dabei wurde die Zusammenarbeit der Linien I, VII, XX und der KD für die Gewinnung von IM's unter Jugendlichen hervorgehoben, um „erforderliche Kontroll- und Erziehungsmaßnahmen zu haftentlassenen Jugendlichen mit operativ bedeutsamen Merkmalen vor und während ihrer Wiedereingliederung zu veranlassen“. Interessant ist der Aspekt, dass in diesem Dokument Strafvollzug und Jugendwerkhöfe in der Intention der Gewinnung von IM's und im Kontext von operativen Auffälligkeiten Jugendlicher gleichgesetzt werden. Zu vermuten ist daraus, dass verstärkt auch Jugendliche in den Jugendwerkhöfen aus politischen Gründen eingewiesen wurden, wie auch obere Statistik erhärtet. Ob oder wann das durch den Lehrstuhl Operative Psychologie der Juristischen Hochschule Potsdam im Auftrag des MfS erarbeitete Konzept zur Sicherung der Jugendpolitik in der DDR in ein Befehl gefasst wurde, ist nicht bekannt, zeigt aber strategische Denkrichtungen und vorhandene Kooperationen des MfS mit anderen staatlichen Organen auf diesem Gebiet.

2.5 „Erziehungsgefährdete Minderjährige“

Eine gute Darstellung von Merkmalen „erziehungsgefährdeter Minderjähriger“ in gefährdete und sozial fehlentwickelte Kinder und Jugendliche bildet ein Dokument aus dem LHASA. Sämtliche hier verwendeten „Merkmale“ konnten nach Maßgabe der Erziehungsideale der DDR Indizien für asoziales Verhalten beherbergen, welche ebenfalls zu einer Heimeinweisung führen konnten.

Merkmale für gefährdete Minderjährige	Merkmale für sozial fehlentwickelte Minderjährige
Leistungsversagen in Schule und Betrieb	Länger andauerndes Leistungsversagen
Misserfolge beim Lernen oder in der Arbeit	Uneinsichtigkeit bei Belehrung oder Kritik
Ungenügende Einstellungen zum Lernen oder zur Arbeit	Ständige Hinwendung zu negativen Gruppierungen
Negative politisch-ideologische Grundhaltung des Minderjährigen (Verbreitung dekadenter Lebensweise und imperialistischer Ideologie)	Verfestigtes Fehlverhalten über längere Zeit (Schul- und Arbeitsbummelei)
Mehrfache Disziplinverletzungen (Schule-Arbeit-Freizeit)	Missachtung erzieherischer Mittel und Methoden
Konfliktgeladene Beziehungen zwischen den Eltern oder zwischen Eltern – Minderjährigen	Ablehnung der Erzieher, Lehrer, Ausbilder und Kollektive in der Schule und im Betrieb
Ungenügendes Vertrauen zu seinem Erziehungsberechtigten	Ordnungswidrigkeiten, Verfehlungen oder andere wiederholte sozial-negative Verhaltensweisen
	Negative Beeinflussung anderer Minderjähriger
	Tendenzen einer aggressiven Grundhaltung
	Straftaten
	Asoziale Tendenzen in der Familie

⁶⁷ ebd.

⁶⁸ ebd., 180

	Demonstration dekadenter Lebensweise (tragen langer Haare, ungepflegtes Äußeres, Rauchen, Trinken, Randalieren u.a.)
--	--

Abb. 4: Merkmale erziehungsgefährdeter Minderjähriger⁶⁹

⁶⁹ Vgl. LHASA MD M 1/ 11856, 19f.

3. Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe

Ein direkter Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe ist anhand zweier weiterer Dokumentenarten nachweisbar. Zum einen anhand einer Aktennotiz in den Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit der DDR zu einer politisch-operativen Einschätzung und Überwachung des Jugendhilfereferats in Berlin Marzahn⁷⁰ und zum anderen durch gezielte Anordnungen und Direktiven, die Jugendhilfe in der DDR betreffend bzw. tangierend, die durch das MfS erlassen bzw. mit initiiert wurden.

3.1 Überwachung der Jugendhilfe

Dass das Referat Jugendhilfe als Bereich der Abteilung Volksbildung durch das MfS überwacht wurde, davon zeugt eine Aktennotiz vom 27. Januar 1988. Auch wenn diese Aktennotiz ein einmaliger Fund war, zeigt diese, dass das MfS Überwachungen der Jugendhilfe durchführte. Demnach ist ein direktes Einwirken des MfS auf die Jugendhilfe durch Beobachtung und Kontrolle nachweisbar. Das Referat wurde seitens des MfS als „für die Ordnung und Sicherheit des Stadtbezirkes Marzahn bedeutsamer Bereich“⁷¹ herausgestellt. Der vom IMS „Georg Mildner“ vorgelegte Bericht vom 20. Januar 1988 enthält Informationen zum Arbeitsklima und zu den Arbeitsbedingungen im Referat Jugendhilfe sowie zum Auftreten der Leiterin des Referats. Der Kurzbericht enthält allerdings keine politischen Einschätzungen zur Arbeitsweise des Referats, sondern gibt eher einen Einblick in die Arbeitsbedingungen. Das Referat war im Kinderheim Grohsteig im Berliner Stadtbezirk Marzahn untergebracht. Mehr als 20 Mitarbeiter waren hier beschäftigt. Die Arbeitsbedingungen wurden durch den darüber berichtenden IMS als „ungünstig“⁷² beschrieben. Das Referat verfügte über nur einen Telefonanschluss. „Die Benutzung des Telefons durch die Mitarbeiterinnen wurde tags- und stundenweise festgelegt.“⁷³ Die Post wurde nur zweimal wöchentlich aus dem Referat weitergeleitet, sodass Fristen durch die verspätete Zustellung der Post nicht eingehalten werden konnten. Büromaterialien waren nicht ausreichend vorhanden. Es fehlte an Schreibpapier und Vordrucken. Schreibmaschinen wurden u.a. aus privatem Besitz mit zur Arbeitsstelle gebracht, um „dringende Schreiben schneller versandfertig zu bekommen.“⁷⁴ Es kann vermutet werden, dass die geschilderten Arbeitsbedingungen aus dem Jahr 1988 nicht nur allein für das Referat in Berlin-Marzahn galten, sondern vermutlich auch auf Referate anderer Regionen übertragbar sind. Der dadurch entstandene Informationsverlust zwischen Entscheidungsträgern und die fehlende Bürgernähe werden im IM-Bericht hervorgehoben und haben somit evtl. auch zu möglichen Fehlentscheidungen bezüglich Heimeinweisungen mit gesorgt.

⁷⁰ MfS HA VII/ 3537: Politisch-operative Einschätzung der Information vom 27.01.1988 über Referat Jugendhilfe des Stadtbezirkes Berlin-Marzahn.

⁷¹ MfS HA VII/ 3537, 1

⁷² MfS HA VII/ 3537, 2

⁷³ ebd.

⁷⁴ vgl. ebd.

3.2 Befehle, Anordnungen und Durchführungsbestimmungen

Neben der Überwachung der Jugendhilfe wirkte das MfS maßgeblich an Befehlen und Anordnungen mit, zu denen Durchführungsbestimmungen ausgearbeitet wurden, die als Leitlinien zur „politisch-operativen Bekämpfung“ so genannter „dekadenter Jugendlicher“ in der DDR betitelt wurden und die auch als Maßstäbe in der Arbeitsweise der Jugendhilfe interpretiert werden können. Verweisen möchte ich u.a. auf den Befehl 11/66 vom 15. Mai 1966, der von Erich Mielke unterzeichnet, eindeutig das Ziel des MfS formuliert, dass „die Sicherung und der Schutz der Jugend in der DDR vor feindlichen Einflüssen von entscheidender Bedeutung in der politisch-operativen Arbeit der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit ist und von allen Mitarbeitern unseres Organs mit großem Verantwortungsbewusstsein und in umsichtiger Weise zu lösen ist.“⁷⁵ Dem entsprechend kann auch das Zusammenspiel von MfS und Jugendhilfe charakterisiert werden: während das MfS operativ wirkte und den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor „feindlichen“ westlichen Einflüssen gewährleisten sollte, hatte die Jugendhilfe die Aufgabe, die Erziehungsmaßnahmen so wirkungsvoll ein- und umzusetzen, dass negative Einflüsse zurückgedrängt wurden und die Entwicklung der Jugendlichen zu allseitigen sozialistischen Persönlichkeit erfolgreich verlief. In diesem Sinne gab es zwischen MfS und Jugendhilfe, allein von der Aufgabenverteilung her, klare Vorgaben und Absprachen zur „Sicherung der Durchführung der sozialistischen Jugendpolitik in der DDR (...) zur Entlarvung und Bekämpfung der Feindtätigkeit unter der Jugend durch die Organe des MfS“⁷⁶. Das MfS erteilte somit Anweisungen als persönliche Befehle Mielkes („zur Sicherung der sich daraus ergebenden politisch-operativen Aufgaben befehle ich“⁷⁷) zum einen in das MfS hinein, in dem die HA XX beim MfS als Koordinierungsstelle für die „politisch-operativen Maßnahmen“ eingesetzt wurde. Weitere „nichtstrukturelle operative Arbeitsgruppen“ wurden in den Linien I, VII, IX, XVIII, XIX, XX und der AIG des MfS gebildet.⁷⁸ Zum anderen sollten in den Bezirksverwaltungen Maßnahmepläne ausgearbeitet werden, „mit welchen Mitteln und Methoden die Schwerpunkte durch das MfS bzw. die Deutsche Volkspolizei sowie in Zusammenarbeit mit den staatlichen und gesellschaftlichen Organen (zu denen auch die Jugendhilfe gehörte, K.D.) beseitigt werden soll.“⁷⁹ Mielke wies an, dass halbjährlich über die „Bekämpfung der politisch-operativen Diversion“ entsprechend der Dienstanweisung 4/66 an Mielke persönlich berichtet werden sollte.

Wie mit dekadenten Jugendlichen weiter verfahren wurde, dokumentiert eine „Gemeinsame Anweisung über die Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaft, der Organe des Ministeriums des Innern und der Organe der Jugendhilfe im Ermittlungsverfahren gegen jugendliche Rechtsverletzer und bei der Durchsetzung weiterer Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Jugendkriminalität vom 06. Februar 1967“⁸⁰. Diese halte ich – auch wenn hier allgemein „Rechtsverletzer“ angesprochen werden - aus dem Grund für relevant, da in der DDR-Justiz nicht staatskonforme Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher als Recht verletzend kriminalisiert wurden (vgl. Kapitel 3). Auch wenn hier auf die Zusammenarbeit zwischen den Untersuchungsorganen, der Justiz und die Jugendhilfe Bezug genommen wird, können Stationen in der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Organe sowie Tätigkeitsfelder der Jugendhilfe lokalisiert werden, die auf der Grundlage der Durchsicht personenbezogener Akten am Landgericht Magdeburg auch für MfS und Jugendhilfe angenommen

⁷⁵ MfS BdL Dok. Nr. 001080, 1

⁷⁶ MfS BdL Dok. Nr. 001080, 2

⁷⁷ ebd.

⁷⁸ MfS BdL Dok. Nr. 001080, 3

⁷⁹ MfS BdL Dok. Nr. 001080, 5: Die Maßnahmepläne sollten zum 30.06.1966 vorgelegt werden, waren jedoch nicht in der Akte enthalten.

⁸⁰ MfS HA XX Nr. 2206

werden. Interessant ist der Umfang und die Formen der Zusammenarbeit der Referate Jugendhilfe mit anderen Organen vor, während und nach dem Ermittlungsverfahren. Die Benachrichtigung des Referats Jugendhilfe sollte demnach durch das Untersuchungsorgan „unverzüglich“ erfolgen, „wenn der Zweck oder das Ziel der Untersuchung dadurch nicht gefährdet wird.“⁸¹ D.h. mit anderen Worten, das sich das jeweilige Untersuchungsorgan vorenthielt, ob das Referat Jugendhilfe überhaupt informiert werden sollte oder nicht. Aus Berichten von Zeitzeugen ist bekannt, dass z.B. bei politisch auffälligem Verhalten weder die Jugendhilfe noch Eltern der Beschuldigten über z.B. Verhaftungen seitens des MfS informiert wurden. Die Zusammenarbeit mit dem Referat Jugendhilfe diente vornehmlich auch nur der „Feststellung der Persönlichkeit des Täters, der Aufklärung der Erziehungsverhältnisse, insbesondere im Elternhaus, der umfassenden Aufdeckung der Ursachen der Straftat sowie ihrer Überwindung.“⁸² Selbst in den Ermittlungsverfahren waren die Organe der Jugendhilfe nur zugelassen, wenn u.a. „der straffällig gewordene Jugendliche bereits durch die Organe der Jugendhilfe betreut wurde“⁸³ bzw. Veränderungen in der vorhandene Familiensituation des Jugendlichen herbeigeführt werden sollen. Die Organe der Jugendhilfe waren in diesem Prozess für die Untersuchungsorgane nur beratend (z.B. bei der „Beurteilung der strafrechtlichen Verantwortungsfähigkeit“) und unterstützend (z.B. bei der „Erforschung der bestehenden Familienverhältnisse“) tätig. Die Anfertigung eines pädagogischen Gutachtens zum beschuldigten Jugendlichen sollte im Falle einer Anklageerhebung ebenfalls durch das Referat Jugendhilfe angefertigt werden, welches dann als Bestandteil des Ermittlungsergebnisses galt. Dabei war die gängige Praxis, dass das Untersuchungsorgan oder der Staatsanwalt die Einleitung zur vorläufigen Anordnung über die Erziehung u.a. mit dem Erlass eines Haftbefehls beim Referat Jugendhilfe „anregte“. Andererseits war ein beschleunigtes Verfahren in der richterlichen Verfügung anzustreben, wenn das Referat Jugendhilfe einen Jugendlichen in ein Durchgangsheim einweisen ließ⁸⁴. Einer Heimeinweisung sollte demnach nicht stattgegeben werden, wenn der Jugendliche „unmittelbar vor Vollendung des 18. Lebensjahres steht, eine schwere Straftat begangen hat oder durch wiederholte Begehung von Straftaten zu erkennen gegeben hat, daß er die Strafgesetze mißachtet und eine unbedingte Verurteilung notwendig erscheint.“⁸⁵ Die Referate der Jugendhilfe waren hierbei beratend wirksam, z.B. inwieweit welche pädagogische Einwirkung auf die Jugendlichen eine „hohe erzieherische Wirksamkeit“⁸⁶ aufwiesen. Andererseits waren die Referate Jugendhilfe auch an Ermittlungsverfahren beteiligt, u.a. in denen Eltern ihrer Erziehungspflicht nicht nachkamen (z.B. bei Misshandlungen oder Sexualdelikten an Minderjährigen sowie strafbaren Erziehungspflichtverletzungen). Dies schloss u.U. auch politische motivierte Straftaten mit ein. Denn es wurde geprüft, ob „strafbare Erziehungspflichtverletzungen ODER ANDERE STRAFBARE HANDLUNGEN“ Erwachsener vorlagen. Das schließt eindeutig auch politische „Verfehlungen“ von Eltern Minderjähriger (wie z.B. Republikflucht) in Straftatbestände ein. Wie im Kapitel 2 geschilderten Fall der Familie Grübler wurde durch den Fluchtversuch eine strafbare Erziehungspflichtverletzung seitens der Eltern durch das MfS belegt, infolge dessen ein Ermittlungsverfahren gegen die Erziehungspflichtigen durch das Untersuchungsorgan veranlasst wurde. Die Organe der Jugendhilfe waren infolge und in Anordnung dessen mit den „erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der

⁸¹ MfS HA XX Nr. 2206, 23

⁸² MfS HA XX Nr. 2206, 24

⁸³ MfS HA XX Nr. 2206, ebd.

⁸⁴ MfS HA XX Nr. 2206, 25

⁸⁵ MfS HA XX Nr. 2206, 26

⁸⁶ MfS HA XX Nr. 2206, ebd.

weiteren Erziehung der Minderjährigen“ beauftragt, welche in dieser Konsequenz die Anordnung der Heimeinweisung der Kinder bzw. die Freigabe zur Adoption nach sich zog.

Ähnliche Vorgehensweisen der Zusammenarbeit zwischen den Referaten Jugendhilfe und anderen staatlichen Organen sind aus der „Gemeinsamen Anweisung über die Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaft, der Organe des Mdl und der Organe der Jugendhilfe bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität und zur Sicherung der Erziehung und Entwicklung gefährdeter Kinder und Jugendlicher vom 15. Juni 1968⁸⁷ bekannt. Auch hier wird dem Referat Jugendhilfe eine vordergründig die Untersuchungsorgane beratende und unterstützende Tätigkeit zugeschrieben. Dabei wird ihnen die Verpflichtung zuerkannt, „davon auszugehen, dass das gesellschaftswidrige (objektiv eine Strafrechtsnorm) Verhalten des jugendlichen Täters in Verbindung mit dem Nichtvorliegen der Schuldfähigkeit zu einer Erziehungssituation führen kann, die sich negativ auf die Persönlichkeitsentwicklung auswirkt oder die die weitere Erziehung und Entwicklung gefährden kann.“⁸⁸ Die Umsetzung dieser Anweisung bedeutete in Bezug zu politisch motivierten „Straftaten“ Jugendlicher, dass den Erziehungsberechtigten in diesen Fällen ihr Erziehungsrecht staatlicherseits aberkannt wurde bzw. sie, wie in einem Fall bekannt, für die Erziehung und damit der politischen Verfehlung ihres Sohnes erziehungstechnisch verantwortlich, strafrechtlich mit verurteilt wurden.⁸⁹ Im Punkt 3.2. der o.g. Anweisung steht schließlich, dass die Zusammenarbeit zwischen den Untersuchungsorganen und dem Referat Jugendhilfe gilt, wenn „durch die Tätigkeit der Untersuchungsorgane Straftaten Erwachsener aufgedeckt werden, durch welche die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ernsthaft gefährdet wird.“⁹⁰ Das schloss nach DDR-Rechtsprechung neben kriminell motivierte Straftaten vor allem politisch motivierte mit ein.

Eine weitere Leitlinie bildete die „1. Durchführungsbestimmung zum Befehl 11/66“⁹¹ vom 08.08.1969 zur „Verhinderung der Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch Verbreitung dekadenter Einflüsse unter Jugendlichen Personenkreisen, insbesondere in Vorbereitung des 20. Jahrestages“ der DDR, welche vom Ministerium für Staatssicherheit ausgearbeitet wurde und die Unterschrift Erich Mielkes trägt. Die Durchführungsbestimmung enthielt Anweisungen „ein umfassendes und lückenloses System von Mitteln, Maßnahmen und Kräften zu schaffen, das darauf gerichtet sein muss, die aufgezeigten Tendenzen zurückzudrängen und diesem Personenkreis keinen Raum zur weiteren Entfaltung zu lassen.“⁹² Mit *diesem* Personenkreis wurden hier „junge Menschen“ mit „dekadenten Verhalten und Aussehen“ beschrieben, die die „Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft“⁹³ bedrohen würden. Im Zuge der Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR wies Mielke eine „lückenlose Aufklärung (und Erfassung, K.D.) aller Jugendlichen“ an, die durch dekadentes Auftreten (z.B. ungepflegtes Äußeres und lange Haare), durch Zugehörigkeit zu negativen Gruppierungen, durch rowdyhafte Handlungen, Arbeitsbummelei oder krimineller und

⁸⁷ MfS BdL Dok. Nr. 015029: Im Verteiler dieser Anweisung sind sämtliche Hauptabteilungen des MfS (u.a. HA XX, XIX, VIII etc. verzeichnet, die sich der Jugendkriminalität und vornehmlich der politischen-operativen Diversion Jugendlicher befassen! (vgl. ebd., 11f.)

⁸⁸ MfS BdL Dok. Nr. 015029, 6

⁸⁹ Vgl. Zeitzeugenprojekt in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, Fall Gerhard Winter. Gerhard Winter wurde 1960 als 16-jähriger Schüler wegen Staatsgefährdender Hetze und Propaganda (Sehens von Westfernsehen und Erzählen politischer Witze) zu 10 Monaten Jugendhaft verurteilt. Seine Mutter erhielt eine Haftstrafe von 2 Jahren, „die hat zugelassen, dass ihre Kinder Westfernsehen guckten“ (Interview Zeile 389). D.h. bei politischen Verfehlungen wurden Eltern nachweislich für die „Straftaten“ ihrer Kinder strafrechtlich mit verantwortlich gemacht bzw. ihnen im Rahmen der moralischen Erziehung in der Familie bei „Verfehlungen“ die familiäre Erziehungsfähigkeit - auch für weitere Kinder - entzogen.

⁹⁰ MfS BdL Dok. Nr. 015029, 8

⁹¹ MfS BdL Dok. Nr. 001081

⁹² MfS BdL Dok. Nr. 001081, 1

⁹³ vgl. ebd.

staatsfeindlicher Handlungen auffielen. Die Erfassung der Jugendlichen war mit Angaben zum Persönlichkeitsbild und Bildmaterial umzusetzen. Dass dabei auch die Jugendhilfe maßgeblich mitwirkte liegt auf der Hand, da „besonders Rückfalltäter“ erfasst werden sollten, die u.U. bereits von der Jugendhilfe erfasst waren. Interessant ist die beschriebene Vorgehensweise, dass „zu prüfen sei, ob bei den Dienstseinheiten des MfS und der Deutschen Volkspolizei solche Materialien (zu Jugendlichen, K.D.) vorhanden sind, die (...) die Ergreifung von Maßnahmen durch die Organe der Jugendhilfe (...) ermöglichen würden.“⁹⁴ Weiter heißt es: „Die Materialien sind so zu erarbeiten, dass auf ihrer Grundlage durch die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei sowie von ihr beauftragte staatliche und gesellschaftliche Organe weitere Maßnahmen zur zielstrebigten Veränderung der Situation unter diesen Personenkreisen im Hinblick auf den 20. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet werden können.“⁹⁵ Ich interpretiere dieses Dokument so, dass hier das MfS eine übergeordnete Stellung gegenüber der Jugendhilfe einnahm und diese sogar beauftragte, in Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der DDR, Maßnahmen zu erarbeiten und zu ergreifen, um „dekadente Jugendliche“ ruhigzustellen bzw. auszuschalten. Darüber hinaus wurden die Referate Jugendhilfe seitens des MfS dazu angehalten, „dass Jugendliche, die vor dem 20. Jahrestag aus Einrichtungen des Strafvollzuges oder der Jugendhilfe vorzeitig entlassen werden, Auflagen erhalten, die eine negative Aktivität im Arbeits- und Wohnbereich ausschließen.“⁹⁶ Über genaue Maßnahmen dazu fehlen weiterführende Aussagen. Zu vermuten wäre, dass dieser Forderung mit Ausgangssperren und Überwachungen seitens des MfS oder der DVP begegnet wurde.

Einen weiteren Hinweis über den Einfluss des MfS auf die Jugendhilfe in der DDR wird anhand „Instruktiv-methodische(r) Hinweise für die Erarbeitung der Auskunftsberichte und der Übersicht über Strafvollzugseinrichtungen, Jugendhäuser und UHA der DVP sowie Jugendwerkhöfe mit Stand der Maßnahmen zur Gewährleistung der politisch-operativen Sicherung“ vom 20. November 1987⁹⁷ sichtbar. Demnach sollte dem MfS „zur einheitlichen Aufbereitung und Ausgestaltung der MOB-Dokumente“⁹⁸ nicht nur über Strafvollzugseinrichtungen, sondern auch Jugendwerkhöfe, die Einrichtungen der Jugendhilfe „zur Unterbringung und Disziplinierung schwererziehbarer und kriminell gefährdeter Jugendlicher“⁹⁹ waren, über die politisch-operative Sicherung berichtet werden. Diesbezüglich wird die Dienstanweisung 5/85 des Ministers für Staatssicherheit erwähnt, welche Aufgaben der Jugendwerkhöfe im Mobilmachungsfall definiert. Die Jugendhilfe spielt in diesem Fall keine Rolle, denn die Jugendwerkhöfe sollten nach Inhalt der Dienstanweisung der DVP bzw. BdVP mit dem Zusatz unterstellt werden, dass die „Zweckbestimmung der Jugendwerkhöfe als staatliche Einrichtung (...) damit nicht verändert“¹⁰⁰ wird.

Ein Indiz für eine enge Zusammenarbeit aller staatlichen Organe bezüglich der Jugendwerkhöfe stellt weiterhin die „Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung Volksbildung – Jugendwerkhöfe“¹⁰¹ vom 31. Januar 1989 dar, in der „entsprechend der Rechtssetzungsordnung des Vorsitzenden des Ministerrates vom 14. Juli 1987 sowie in Durchsetzung des § 14 der erlassenen Verordnung

⁹⁴ MfS BdL Dok. Nr. 001081, 3. Weitere Maßnahmen waren die Einleitung von Ermittlungs- oder Ordnungsverfahren, Disziplinarmaßnahmen an Oberschulen oder das Stellen von Verwirklichungssuchen. MfS BdL Dok. Nr. 001081, 3

⁹⁵ MfS BdL Dok. Nr. 001081, 5

⁹⁶ ebd.

⁹⁷ MfS AGM Nr. 1829

⁹⁸ MfS AGM Nr. 1829, 2

⁹⁹ ebd.

¹⁰⁰ ebd.

¹⁰¹ MfS AGM Nr. 604, 271ff.

Volksbildung vom 14. Juni 1988 der Entwurf der Rechtsvorschrift Jugendwerkhöfe“ vom Minister und Chef der Deutschen Volkspolizei, Armeegeneral Dickel, an Erich Mielke „mit Bitte um Meinungsäußerung“¹⁰² übersandt wurde. Darin wird in § 2 ausgeführt, dass Jugendwerkhöfe „nachgeordnete Einrichtungen des Ministeriums des Innern“ werden sollten. D.h. zum Ende der DDR hin sollten die Jugendwerkhöfe ihrer Stellung als Disziplinierungsinstitutionen für kriminelle und gefährdete Jugendliche der Zuständigkeit des Ministeriums für Volksbildung entzogen werden. Nach §§ 4 und 6 des Entwurfs war demnach nicht mehr die Jugendhilfe für die Einweisung von Jugendlichen in Jugendwerkhöfe zuständig, sondern die Leiter der Volkspolizei-Kreisämter.¹⁰³ Wenn das MfS hier auch nicht im Vordergrund der Ausarbeitung und Umsetzung der Bestimmungen stand, wurde es in zumindest in der Person Mielkes im Prozess der Ausarbeitung und Legitimation bereits involviert.

3.3 Untersuchungen in Jugendwerkhöfen und in Heimen

Das MfS ließ sich - bzw. war - über die ZAIG zur Lage an den Jugendwerkhöfen informiert. Dies lässt sich zumindest anhand eines Berichtes vom 5. Februar 1964 konstatieren, der „die Situation an den Jugendwerkhöfen der DDR“¹⁰⁴ darstellte. Neben beschriebenen „positiven Entwicklung in einzelnen Jugendwerkhöfen“¹⁰⁵ in den gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten, wurden für den JWH Hummelshain hervorgehoben, dass „ein Fall schriftlicher Hetze und drei geplante Verbrechen des illegalen Verlassens der DDR aufgeklärt werden“¹⁰⁶ konnten. D.h., aufgrund der beschriebenen „staatsgefährdenden Delikte“ ist davon auszugehen, dass das MfS über die Vorgänge im JWH informiert wurde. Interessant an diesem Bericht ist ferner, dass auch Missstände in den JWHen beschrieben werden, die in besonderer Schwere die Praxis der Heimeinweisung von Jugendlichen sowie die Erziehungsmethoden der Erzieher in den Heimen betreffen.

Entweichungen

Zu den „negativen Erscheinungen und Vorkommnissen“ in den Heimen wurden verschiedene Schwerpunkte genannt, die sich „auf die Erziehung und Bildung der Jugendlichen (hemmend) auswirken“¹⁰⁷. Als „besonderer Schwerpunkt“ sog. negativer Erscheinungen wurde das Entweichen¹⁰⁸ von Jugendlichen aus den JWHen und Kinderheimen betont, „weil sie häufig mit der Begehung krimineller Handlungen bzw. mit Versuchen, gewaltsam die Staatsgrenze der DDR zu durchbrechen, verbunden sind.“¹⁰⁹ Die Fokussierung der Entweichungen - speziell in Verbindung mit Republikflucht - aus den Heimen und JWHen wurde seitens des MfS als ein Schwerpunkt betrachtet, der in dem Bericht zahlenmäßig belegt wurde:

¹⁰² MfS AGM Nr. 604, 280

¹⁰³ Vgl. MfS AGM Nr. 604, 272f.

¹⁰⁴ Vgl. MfS ZAIG Nr. 844, 1-13

¹⁰⁵ Vgl. MfS ZAIG Nr. 844, 1

¹⁰⁶ Ebd., 1-2

¹⁰⁷ Ebd., 2

¹⁰⁸ „Entweichungen“ meint Fluchtversuche aus den JWHen und Heimen. Bei Entweichungen wurde eine Vielzahl jugendlicher aus Normal- oder Durchgangsheimen in JWH, speziell Torgau, überwiesen.

¹⁰⁹ Ebd.

Jugendwerkhöfe	506 Entweichungen	1095 Jugendliche
Durchgangsheime	31 Entweichungen	56 Jugendliche
Kinderheime	147 Entweichungen	265 Jugendliche

Abb. 5: Entweichungen aus JWHen und Kinderheimen in der Zeit vom 1. Januar bis 10. September 1963¹¹⁰

Auffällig ist die insgesamt hohe Rate an Entweichungen aus den JWHen. Von den im Zeitraum des Jahres 1963 insgesamt 1095 „entwichenen“ Jugendlichen wurden 1074 durch „Fahndungsmaßnahmen“ den JWHen wieder zugeführt. Interessant ist aber auch, dass selbst in den Kinderheimen eine relativ hohe Rate an Entweichungen festzustellen ist. Hier wurden 263 der 265 „entwichenen“ Kinder und Jugendliche den Heimen erneut zugeführt. Ob es sich in jedem Fall um Republikflucht handelt, kann aus diesem Bericht nicht geschlossen werden. Dennoch wird ein Fall geschildert, in dem ein Jugendlicher „aus dem JWH Neuoberhaus (Schwarzenberg) Karl-Marx-Stadt, entwichen in der Nacht vom 2. 9. 63, (...) bereits dreimal flüchtig und versuchte jedesmal gewaltsam die Staatsgrenze der DDR zu durchbrechen.“¹¹¹ Interessant ist der Fakt, dass offensichtlich nicht alle „entwichenen“ Jugendlichen den Heimen wieder zugeführt wurden. Fraglich ist hier, ob ihnen die Flucht gelang bzw. wo diese Jugendlichen waren/blieben. Aus einem anderen Bericht vom Juni 1963 geht hervor, dass „Schwerpunkte der Entweichungen“ zu diesem Zeitpunkt im JWH Burg (Bezirk Magdeburg) mit 43 Jugendlichen und im JWH Rühn (Bezirk Schwerin) mit 13 entwichenen Jugendlichen zahlenmäßig am höchsten zu verzeichnen waren¹¹². Ob die Nähe z.B. des JWH Burg zur innerdeutschen Grenze, bezogen auf die hohe Anzahl der Entweichungen, bedeutsam war, kann dabei nur vermutet, aber durchaus angenommen werden. Für den Gesamtzeitraum vom 1. Januar 1963 bis zum 10. September 1963 wurden aus folgenden JWHen die meisten Entweichungen erfasst:

- Sachsenburg/ Bezirk Karl-Marx-Stadt 120 Jugendliche
- Braunsdorf/ Bezirk Karl-Marx-Stadt 106 Jugendliche
- Reinstorf/ Rostock 69 Jugendliche¹¹³

Erziehungsmethoden und Veruntreuung von finanziellen Mitteln

Die hohe Anzahl der Entweichungen wurden im Bericht vom 5. Februar 1964 auch auf „Erscheinungen des herzlosen Verhaltens und der Anwendung falscher, teilweise recht selbstherrlicher Erziehungsmethoden durch die Erzieher“¹¹⁴ in den JWHen und Heimen zurückgeführt. Auch die mangelnde politisch-ideologische Bewusstseinsbildung, die mangelnden pädagogischen Kenntnisse und die zum Teil fehlende menschliche Reife der Erzieher und des Heimpersonals“ wurden seitens des MfS in diesem Bericht angemerkt. Einige Erzieher gehörten ehemals der NSDAP an, wobei die kaderpolitische Zusammensetzung des Erzieherpersonals im Rahmen ihrer politisch-moralischen Haltung kritisiert wurde¹¹⁵. Zusammengefasst werden folgende Missestände bezüglich des Erzieherpersonals in den JWHen bemängelt:

¹¹⁰ Ebd., 3

¹¹¹ Ebd.

¹¹² MfS HA XX, 6187 Teil 1 von 2, 119

¹¹³ Vgl. MfS ZAIG Nr. 844, 3

¹¹⁴ Ebd., 4

¹¹⁵ Ebd., 5

- Verhältnisse der Erzieher bzw. Heimleiter zu Westdeutschland
- Versetzung von Erziehern an JWH wegen begangener strafbarer Handlungen¹¹⁶
- Brutalität der Erzieher

An dieser Stelle ist es wichtig, auf den Aspekt der Brutalität der Erzieher und deren Erziehungsmethoden in einzelnen Jugendwerkhöfen einzugehen, die in dieser Stasiakte als besonders schwere Vergehen herausgestellt wurden.

JWH Eckhartsberga: „unter dem Begriff der ‚Selbsterziehung der Zöglinge‘ (wurde) die Prügelstrafe als Erziehungsmethode unter den Jugendlichen eingeführt. In Abwesenheit, aber mit Wissen der Erzieher wurden z.B. Übertretungen einzelner Jugendlicher in den Nachtstunden durch Prügelstrafen geahndet.“¹¹⁷ Die Prügelstrafe wurde auch im **JWH Gorgast** praktiziert.¹¹⁸ Weiterhin ist von „moralischen Vergehen der Erzieher und Ausbilder“¹¹⁹ die Rede. Aus den JWHen **Freital**, **Wolfersdorf**, **Bad Köstritz** und in der **Außenstelle Strega des JWH Rödersdorf** sind „Vergehen, zum Teil unter Mitwirkung von Jugendlichen bzw. unter Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen“¹²⁰ bekannt. Als Vergehen wurden „intime Verhältnisse unter den Erziehern sowie zwischen Erziehern und Jugendlichen des Jugendwerkhofes“ (**JWH Köstritz**) sowie „Trinkgelage des Heimpersonals im Beisein von Jugendlichen“ (JWH geschwärzt) benannt.¹²¹ Als weitere moralische Vergehen seitens des Heimpersonals wurden auch „Manipulationen (...) sowie Veruntreuung und Unterschlagung finanzieller Mittel“ hervorgehoben.¹²² So wird erwähnt, dass „Erzieher sogen. Strafkassen anlegten und sich mit dem Geldern aus diesen Kassen Genußmittel u.a. kauften.“ Weiterhin wurde bemängelt, dass über Prämien und Gelder, die aus Arbeitseinsätzen der Jugendlichen stammten, keine Belege seitens des Heimpersonals geführt wurden.¹²³

Aus dem **JWH Freital** wurde bekannt, dass insgesamt 17 Kassen inoffiziell geführt und 2 Konten offiziell geführt wurden, die u.a. für NAW-Prämien und „Schadensersatzleistungen“ genutzt wurden. Darin waren u.a. auch Strafgelder enthalten, z.B. 25 DM wegen Rauchen im Schlafsaal, 75 DM im Wiederholungsfall und 50 DM wegen Nichtabschalten eines Bügeleisens.¹²⁴ „Seit Bestehen des Jugendwerkhofes Anfang 1961 bis zum Juli 1963 wurden auf diese Art und Weise nachweislich 90 Jugendliche mit Strafen zwischen 5,- bis 200,- DM abgestraft und dabei 5.979,57 DM eingenommen.“¹²⁵ Die Überprüfung der Konten/Kassen ergab ferner, dass über 10.000 DM keine Nachweise vorhanden waren.¹²⁶ Aus einem anderen JWH (Name geschwärzt) geht hervor, dass insgesamt 11.400 DM durch eine Gruppenlehrerin und einer Wirtschaftsleiterin hinterzogen wurden und weitere 10.000 DM aus Arbeitseinsätzen der Jugendlichen nicht mehr auffindbar waren.¹²⁷

¹¹⁶ In JWH Neuoberhaus (Schwarzenberg) waren 6 Erzieher bzw. Ausbilder wegen „begangener Straftaten in den JWH versetzt (worden). Weitere 13 Erzieher und Ausbilder erhielten bereits Partei- und Disziplinarstrafen.“ (Ebd., 5)

¹¹⁷ Ebd., 6

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd., 7

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Ebd., 8

¹²² Ebd.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Ebd., 9

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Ebd., 8

¹²⁷ Ebd., 9

Diese Erziehungsmethoden waren seitens der Jugendlichen grundlegend für Entweichungen sowie für ihre Ablehnung und Abgrenzung von den Erziehern, wie in dem Bericht konstatiert wird. „Diese Vorkommnisse trugen nicht nur dann bei, die Autorität der Erzieher und des Heimpersonals zu untergraben, sondern gefährdeten auch das angestrebte Erziehungsziel, förderten Entweichungen von Jugendlichen und inspirierten z.T. die Jugendlichen zur Begehung erneuter strafbarer Handlungen.“¹²⁸ Als Indiz dafür werden Entwicklungen in den **JWHen Neuoberhaus/ Schwarzenberg** und **Reinstorf/Rostock** im Oktober 1963 angeführt, die „zu einer negativen Gruppenbildung faschistischen Charakters (führte). Die Jugendlichen verherrlichten den Faschismus, sprachen sich mit HJ-Dienstgraden an, sangen faschistische Lieder und terrorisierten schwächere Jugendliche mit Gummiknüppeln. Weiterhin hörten sie Westsender ab und planten einen bewaffneten Grenzdurchbruch.“¹²⁹

Kritik an der Heimeinweisungspraxis

In dem o.g. Bericht wurde eine „unbefriedigende Einlieferungspraxis“ für den „Erziehungsprozeß an den Jugendwerkhöfen“ als hinderlich beschrieben.¹³⁰

„Nach vorliegenden Hinweisen werden in die Jugendwerkhöfe immer noch relativ häufig Jugendliche eingewiesen, obwohl die Notwendigkeit einer Erziehung im Jugendwerkhof ungenügend überprüft wurde. Derartige Feststellungen wurden insbesondere bei Jugendlichen getroffen, die guten familiären Verhältnissen entstammen und deren Elternteile gesellschaftliche und staatliche Funktionen bekleiden. Da die Konflikte dieser Jugendlichen im wesentlichen daraus resultieren, dass die Eltern infolge Arbeitsüberlastung wenig Zeit für die Erziehung ihrer Kinder fanden, wäre in den meisten Fällen bei Berücksichtigung dieses Umstandes durch die Eltern eine positivere Erziehung gegeben gewesen als durch die Einweisung dieser Jugendlichen in einen Jugendwerkhof. Bei der gegenwärtig noch vorherrschenden Einweisungspraxis kommen eher auch diese Jugendlichen erst näher mit straffällig gewordenen Jugendlichen in Berührung und geraten dadurch begünstigt auf »die schiefe Bahn«. Im Jugendwerkhof Reinstorf/Wismar z.B. hätten bei Berücksichtigung dieser Umstände ca. 25 % der Zöglinge nicht in den Jugendwerkhof eingewiesen werden brauchen.“¹³¹

Beachtlich in diesem Bericht von 1963 sind zum einen die Thematisierung der Heimeinweisungspraxis und zum anderen die Feststellung, dass ca. 25 % der eingewiesenen Jugendlichen in den JWH nicht hätten eingewiesen werden brauchen. Die Zahl von ca. 25 % wurde zwar für den JWH Reinstorf beziffert, da aber die Heimeinweisungspraxis in der DDR nach im Wesentlichen normierten Kriterien sowie dezentral seitens der jeweils zuständigen Jugendhilfeausschüsse bei den Räten der Kreise und Bezirke erfolgte, kann daraus auch der Schluss zugelassen werden, dass diese Anzahl von 25 % Fehlurteilen und -einweisungen auch für andere JWH galt. D.h. jeder vierte Jugendliche in der DDR, der um 1963 in JWH eingewiesen wurde, wurde wissentlich der Probleme um die staatliche Heimeinweisungspraxis und um Fehlurteile der Jugendhilfe seiner Freiheit beraubt. Dass sich auch nach 1963 an der Erziehungspraxis, den Entweichungen und der Heimeinweisungspraxis in den Jugendwerkhöfen der DDR nichts änderte,

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Ebd., 6

¹³⁰ Ebd., 10

¹³¹ Ebd.

obwohl die Probleme bekannt und erfasst wurden, beweist ein Beschwerdebrief einer Mutter von 1963, der an Erich Mielke persönlich adressiert war.

Fallrekonstruktion - Beschwerdebrief einer Mutter am Mielke 1983¹³²

Interessant an diesem Beschwerdebrief ist, dass er direkt und persönlich an Erich Mielke adressiert war. Er wurde am 28. Oktober 1983 in Halberstadt verfasst. Der Absender ist geschwärzt. Wichtig erscheint mir die Rekonstruktion der Umstände im JWH Burg, die hier beschrieben werden und die den Schluss zulassen, dass von 1963 bis 1983 (und vermutlich bis zum Ende der DDR 1989) keine Veränderungen in den JWHen der DDR – weder seitens der Erziehungsmethoden, noch der staatlichen Einflussnahme auf die Arbeitsweise der Jugendhilfe bzw. der Heimeinweisungspraxis zu verzeichnen waren.

Grund der Heimeinweisung

Die Tochter des Absenders wurde wegen „Versäumnisse in der Schule“ in einen JWH eingewiesen. Als Grund für die Versäumnisse wurde angegeben, dass eine Freundin der Tochter 1982 ermordet wurde, weshalb mehrere Zeugenvernehmungen im Hinblick der Aufklärung der Tat notwendig wurden, zu der die Tochter als Hauptzeugin geladen wurde. Zu diesen Zeitpunkten konnte sie die Schule nicht besuchen, weshalb sie „von ihren Mitschülern laufend geschlagen, täglich beschimpft und als Schulschwänzer betitelt (wurde). Aus Angst nahm sie nicht mehr am Unterricht teil.“¹³³ Anträge, die Tochter in eine andere Schule umzuschulen, wurden seitens der Schulleitung und der Jugendhilfe Halberstadt abgelehnt. Auch ein Heimplatz mit Lehre und Unterricht, zu dem sie sich verpflichtete, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass sie in einen JWH „gehört“.

Erziehungsmethoden im JWH Burg

Bei einem Elternabend am 15. Oktober 1983 waren beide Eltern im JWH Burg vor Ort, wo ihnen von mehreren Mädchen über folgende Erziehungsmethoden der Erzieher¹³⁴ berichtet wurde:

- Prügelstrafe und Beschimpfungen
- Arrest in der Zelle
- Verkürzung der Tagesration
- Ungenügende Bekleidung (kaputte Trainingsanzüge)
- Unsaubere und unhygienische Zustände in der Zelle (Eimer für die Notdurft)
- ¼ Jahr Urlaubssperre
- ¼ Jahr Ausgangssperre
- Veranstaltungssperre
- Rauchersperre
- Strafämter

Diese Erziehungsmethoden, besonders eine vorgesehene Sperre des Weihnachtsurlaubs für die Tochter, führten dazu, dass sie aus dem JWH ausriss. Wegen einer Darmgrippe konnte sie nicht in

¹³² MfS-AS 203/86, 23-25

¹³³ Ebd., 23: Rechtschreibfehler im Brief werden auch im Folgenden übernommen.

¹³⁴ Vgl. ebd., 24

den JWH zurückkehren, wie die Eltern in ihrem Brief beschrieben. Daraufhin wurde der Tochter mit Zellenarrest gedroht. Die Eltern verpflichteten sich in dem Brief dafür zu sorgen, dass ihre Tochter die Schule nachholt und „einer ordentlichen Arbeit“ nachgeht.

Abschließend erfolgt der Appell an Mielke:

„Sehr geehrter Herr Minister Mielke!

Wir möchten Sie als langjährigen Minister fragen, ob man einem Mädchen von 17 Jahren, den Weg so verbauen kann? Ist es im Sinn unserer sozialistischen Gesellschaft ein richtiger Weg, den man im Jugendwerkhof Burg geht? Oh, nein !!! Wir möchten Sie als Minister bitten, sich bei dem Staatsrat der DDR dafür einzusetzen, daß XXX (Name der Tochter geschwärzt) den richtigen Weg geht. XXX (Name der Tochter geschwärzt) hat auch vor diesem Schreiben größte Angst, vor weiteren Strafen im Werkhof und dieses soll hier im Vordergrund genannt werden.“¹³⁵

Die Eingabe wurde an den Leiter der KD Halberstadt übergeben, der seinerseits am 10. November 1983 dazu Stellung bezog: Die Tochter wurde am 31. März 1983 in den JWH Burg „wegen Schulbummelei, Herumtreiberei, Hang zur Asozialität und wegen mangelnder Einflußmöglichkeiten der Eltern“ eingewiesen.¹³⁶ Die Tochter wird als Lügnerin bei den Zeugenvernehmungen geschildert, die Mutter als wegen Kindesmisshandlungen bei der DVP bekannt. Daneben scheint auch der Fakt durchaus erwähnenswert, dass die Mutter 1979 Nichtwählerin war, was in der DDR als eine politisch inaktive und sogar staatsfeindliche Haltung ausgelegt wurde. Bezogen auf das „Entweichen“ der Tochter wurden die Eltern seitens des Berichts des Leiters der KD beschuldigt, ihre Tochter „seit 26.10.1983 bei sich zu Hause versteckt“ zu haben.¹³⁷ Was heute als Schutz des Kindes (siehe geschilderte Erziehungsmethoden in der Eingabe) interpretiert werden würde, wurde im Kontext des MfS und der Jugendhilfe als Straftatbestand ausgelegt, die Tochter der Heimerziehung entzogen zu haben.

Erich Mielke nahm in Anbetracht des „Sachverhalts der Eingabe und den ersten Ermittlungsergebnissen“ dazu Stellung und ordnete an, dass „eine Beeinflussung der Entscheidung des Bereiches Jugendhilfe/Heimerziehung durch das MfS nicht angebracht“¹³⁸ und die Sache an die Bezirksverwaltung Magdeburg an den Rat des Bezirkes abzugeben war. Dass die Nichteinflussnahme des MfS auf die Jugendhilfe aus strategischen Gründen erfolgte, kann nicht ganz ausgeschlossen werden. Es zeigt aber die Macht des MfS und die Möglichkeit, dass ein Einfluss hätte genommen werden können sowie das Involviertsein des MfS in Entscheidungen der Jugendhilfe als Beleg dafür, dass eine Zusammenarbeit erfolgte. Ich sehe die versagte Einflussnahme Mielkes ausschließlich dem Fakt folgend, weil aufgrund der „ersten Ermittlungsergebnisse,“ die aussagten, dass es sich in diesem Fall um eine Jugendliche handelte, die im Duktus des MfS weniger „guten familiären Verhältnissen“ entstammte und deren Elternteile keine gesellschaftliche und staatliche Funktionen bekleideten,¹³⁹ eine Einflussnahme des MfS auf die Jugendhilfe aus politischen Gründen und aus Gründen der familiären Repression bewusst nicht erwogen wurde.

¹³⁵ Ebd., 25

¹³⁶ Ebd., 27

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Ebd., 30 in Anlehnung an MfS ZAIG Nr. 844, 10

¹³⁹ in Anlehnung an MfS ZAIG Nr. 844, 10

Am 10. Januar 1984 erfolgte die Information der BV Magdeburg an die Leitung des MfS in Berlin, dass die „Eingabe abgeschlossen“ wurde.¹⁴⁰ Diesem Schreiben war ein Bericht des Referats Jugendhilfe vom 27.12.1983 beigelegt, welches darüber unterrichtete, dass bei einem Besuch der Jugendhilfe bei den Eltern „alle Angriffspunkte gegen die Einrichtung der Jugendhilfe (Jugendwerkhof Burg) und auch gegen die Schule bzw. auch gegen die Kriminalpolizei entkräftet“ worden sind.¹⁴¹ Die in der Eingabe geschilderten Erziehungsmethoden im JWH Burg wurden als „Gespräche mit einzelnen Jugendlichen (...), die aufgrund besonderer Vorkommnisse mit Erziehungsmaßnahmen bestraft wurden, bzw. die Erzieher der Einrichtung defamierten“ entkräftet¹⁴², wobei die Eltern seitens der Jugendhilfe aufgefordert wurden „endlich die negative Beeinflussung ihrer Tochter gegen den Jugendwerkhof und seiner Leitung zu unterlassen. (...) Hier scheint sich aber zwischen den Eltern (XXX, Name geschwärzt) und dem zust. Gruppenerzieher kein besonderes Verhältnis angebahnt zu haben. Ihre Antihaltung gegen die Erzieher des Jugendwerkhofes bis hin zu der Leitung, dem Direktor, ist offensichtlich.“¹⁴³ Auch wurden die Eltern verpflichtet, enger mit der Jugendhilfe zusammenzuarbeiten und Beschwerden vorzutragen, „wo es hingehört“,¹⁴⁴ was interpretatorisch dafür sprechen würde, dass besonderer Druck seitens der Jugendhilfe auf die Eltern ausgeübt wurde, wobei staatlicherseits auch vor Erpressung der Familien nicht halt gemacht wurde.

¹⁴⁰ Ebd., 31

¹⁴¹ Ebd. 34

¹⁴² Ebd., 35

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Ebd.

4. Zusammenfassung

Abschließend kann festgehalten werden, dass es konkrete Formen der Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der Jugendhilfe in der DDR gab. Beide Institutionen vertraten verfassungsgemäße Interessen, die darauf zielten, den ‚Sozialismus weiter aufzubauen und zu schützen‘ (Verfassung der DDR, 1968). Sie arbeiteten Hand in Hand, u.a. bei Ausarbeitungen von Anordnungen und Richtlinien, vor allem den „Schutz der Jugend“ betreffend. Das MfS übernahm diese Aufgabe im Besonderen, wie auch die Bildung einer eigenen Koordinierungsstelle in der HA XX beim MfS beweist. Das MfS definierte dabei Kriterien darüber, wer als staatskonform bzw. „negativ-dekadent“ galt, die für die Beschlüsse und Vorgehensweisen der Jugendhilfe entscheidend waren und richtungsweisend umgesetzt wurden. Die Kontrolle der Jugend (so würde man heute formulieren) wurde mit dem Aufbau eines IM-Netzes seitens des MfS gerade in den 1980er Jahren flächendeckend versucht umzusetzen. Der „Schutz der Jugend vor feindlichen Einflüssen“ war eine wesentliche Säule in der Zusammenarbeit von MfS und Jugendhilfe. Dies betraf vor allem die Herstellung von Uniformität durch die Anordnung und Umsetzung von Umerziehungsmaßnahmen „nicht staatskonformer“ Jugendlicher durch MfS und Jugendhilfe. Entsprechend der Richtlinie 1/76 waren Jugendliche im Fokus des MfS, bei denen der Verdacht auf Terror- und Gewaltverbrechen in Verbindung zur Staatsgrenze, Zusammenrottungen, Rowdytum und Hetze vorlag, aber auch Jugendliche mit kulturellem und kirchlichem Hintergrund mit einbezogen. Die Jugendhilfe wies auffällige Kinder und Jugendliche in Heime oder JWH der DDR ein. Oft reichte der Verdacht politisch oder sozial nicht tragbar zu sein, für eine Einweisung aus. Das MfS unterstützte durch IM's die Arbeit der Jugendhilfe mit der Beschaffung von „Beweisen“. Die Jugendlichen litten unter den brutalen physischen und psychischen Erziehungsmethoden in den Heimen. Das MfS war seit den 1960er Jahren durch Untersuchungen über die Erziehungsmethoden und Heimeinweisungspraktiken in den JWHen informiert.

Eine weitere Säule in der Zusammenarbeit zwischen MfS und Jugendhilfe sind in den beschlossenen Zwangsadoptionen politisch Andersdenkender und Republikflüchtlingen zu verzeichnen. Hier wurden geradezu Erpressungen von Eltern vorgenommen, die darauf zielten, mit ihren Kindern in der DDR zu bleiben. In der Mehrzahl der Fälle war das MfS daran beteiligt, Berichte und Persönlichkeitsbilder zu Eltern herauszuarbeiten, die politisch auffällig waren bzw. zu „politisch zuverlässigen“ potentiellen Adoptiveltern der Kinder, die seitens der Jugendhilfeausschüsse genutzt wurden. In diesem Sinne war das MfS bei politisch auffälligen Personen grundsätzlich in der Vorbereitung auf die Entscheidungsfindung der Jugendhilfeausschüsse mit involviert und vielleicht sogar entscheidend beteiligt.

Das MfS wirkte auch operativ in die Arbeitsbereiche der Jugendhilfe mit rein. Deutlich wird dies anhand von Kontrollen und Überprüfungen der Referate der Jugendhilfe durch das MfS bzw. die Werbung und Einschleusung von IM in die Referate, in Kinderheime und Jugendwerkhöfe. An der Erarbeitung instruktiv-methodische(r) Hinweise für Auskunftsberichte u.a. für Strafvollzugseinrichtungen, Jugendhäuser und UHA der DVP sowie Jugendwerkhöfe war das MfS richtungsweisend beteiligt.

Dies sind erste Ergebnisse über die Zusammenarbeit von MfS und Jugendhilfe, die aus Recherchen in Archiven gewonnen wurden. Weitere Untersuchungen sollten folgen, um weitere Aussagen treffen zu können bzw. einige hier getroffenen Aussagen weitergehend zu untermauern. Hilfreich wird es

sein, neben Akten auch persönliche Bestände von ehemals Betroffenen zu sichten und Interviews zu führen, um weitere Arbeitsweisen zwischen MfS und Jugendhilfe zu lokalisieren.

5. Literatur- und Quellenverzeichnis

Akten in der BStU:

Signatur	Enthält u.a.	Zeit
MfS Abt. XII 6548-6549	Pol.-operativer Bekämpfung des feindlichen Missbrauchs Jugendlicher	1980-1989
MfS Abt. XII 8211	Verhinderung der Gefährdung der öffentlichen Ordnung...	1966-1969
MfS HA VII 457	Übersicht der Strafvollzugseinrichtungen, Jugendhäuser, Jugendwerkhöfe	1986-1989
MfS HA VII 2737	Analysen zur Lage unter Jugendlichen mit staatsfeindlicher Einstellung	1983-1989
MfS HA VII 3537	Information zum Referat Jugendhilfe Berlin-Marzahn	1988
MfS Rechtsstelle 405 T 1	Maßnahmen zur Sicherung der beruflichen Ausbildung gefährdeter Jugendlicher	1974
MfS Rechtsstelle 852	Beschluss Ministerrat zur Sicherung der Entwicklung elternloser Kinder etc.	1982-1984
MfS Rechtsstelle 702	Grundsätze über Stellung, Aufgaben, Arbeitsweise und Leitung u.a. Jugendhäuser	1984
MfS Rechtsstelle 865	Sicherung der Entwicklung elternloser und gefährdeter Kinder	1981-1983
MfS SdM 1709	Entwicklung elternloser und familiengelöster, gefährdeter Kinder	1983 Teil 1
MfS HA XX 2206	Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaft, MI, Organe der Jugendhilfe	1964, 1967, 1982, 1985
MfS HA XX 6076	Versuchter Mord in Torgau, Kindesentführung aus Zweitschen	1985-1989
MfS HA XX 6187	Flucht aus Jugendwerkhöfen	1955-1964
MfS HA XX 14570	Lage im Sicherungsbereich Jugend	1976-1982
MfS AS 203/86	Zustände im Jugendwerkhof Burg	1983
MfS AGM 401	Weisungen des Mdl, darin Anweisung über Sicherheit und Disziplin in JWH	1983
MfS Sekr. Neiber 684	Dienstliche Bestimmungen des MI über den Strafvollzug	1981-1985
MfS AGM 604	Durchführungsbestimmungen Verordnung Volksbildung – JWH	1989
MfS AGM 1829	Instruktiv-methodische Hinweise üb. Auskunftsberichte z.B. JWH	1987
MfS ZAIG 27022	Dienstliche Bestimmungen zur pol. Op. Arbeit unter Jugendlichen	1971-1986
ZAIG 844	Bericht über Situation an JWH	1964
ZAIG 2710	Sachlage über Adoptionen bei Kindern, deren Eltern DDR verlassen haben	1977

Akten im LHASA Rep M1/ Bezirkstag:

11856	Einschätzung Jugendkriminalität	1970/72
7933	Zusammenarbeit mit zentralen Staatsorganen	1966-68
7949-7954/1	Meldungen Berichte Analysen über versuchte Grenzdurchbrüche von Jugendlichen und Kindern	1962-66

Weiterführende Literatur:

Ministerium für Volksbildung, Abteilung Jugendhilfe und Sonderschulwesen (Hg.) (1972): Jugendhilfe. Eine Sammlung von Rechtsvorschriften mit Anmerkungen und Sachregister. Berlin.

Sachse, Christian (2010): Der letzte Schliff. Jugendhilfe der DDR im Dienst der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen (1945 – 1989). hgg. Von der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Schwerin.

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Abteilung Forschung (2009): Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit. 9. ergänzte und korrigierte Auflage, Berlin.